

Februar 2026
Das VPOD-Magazin erscheint 8-mal pro Jahr

Die Gewerkschaft

Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste

VPOD



Fehlkonstruktion Schuldenbremse

Betrachtungen über die schwäbische Hausfrau und über Generationengerechtigkeit

Abschied vom Lauberhorn? Die Halbierungsinitiative braucht ein kräftiges Nein

KLIMASCHUTZ BAUEN. DAMALS WIE HEUTE.

**GOTTHARD-TUNNEL
BAUBEGINN: 1872**

**8. MÄRZ
2026**

**JA ZUR KLIMAFONDS-
INITIATIVE**

Ich will VPOD-Mitglied werden!

- Ich möchte dem VPOD beitreten.
- Ich interessiere mich für die Arbeit des VPOD und möchte mehr Informationen.

Vorname/Name: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Arbeitsort: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Senden an: VPOD, Zentralsekretariat, Birmensdorferstrasse 67, Postfach, 8036 Zürich, oder mailen an: vpod@vpod-ssp.ch

Themen des Monats

- 5 Die Zeit des Wartens ist vorbei**
Pflege-Initiative: Wie ein gutgeheissenes Volksbegehren zerstückelt und verdaut wird
- 6–7 Abschied vom Lauberhorn?**
Die Zerstörung des medialen Service public aufhalten: Nein zur Halbierungsinitiative!
- 8 Kein Volk von Brüdern**
Neue Publikationen untersuchen den Alltag von Offizieren im Ersten und der Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg
- 9 Nichtdiskriminierung nicht bewiesen**
Das Arbeitsgericht Zürich entscheidet eine Lohnklage nach Gleichstellungsgesetz
- 11–16 Dossier: Fehlkonstruktion Schuldenbremse**
Interview mit dem Volkswirtschaftler Michael Graff über Staatsverschuldung und ihre Wirkungen
- 17 Neues aus der Anstalt**
Stefan Jung hat einen Dokumentarfilm über das traurige Ende von Lydia Welte-Escher (1858–1891) gemacht

Rubriken

- 4 Gewerkschaftsnachrichten**
- 10 Aus den Regionen und Sektionen**
- 16 Antonia W. Fleischmann:** Kurz vor dem Durchbruch
- 18 Wirtschaftslektion:** Kapitalbezug als Symptom
- 19 Wettbewerb:** Die Ermittlerin
- 20 VPOD aktuell**
- 21 Hier half der VPOD:** Gewissen unerwünscht
- 22 Solidar Suisse:** Da wird ein Schuh draus
- 23 Menschen im VPOD:** Rebekka Friedli, Buschauffeurin bei den Verkehrsbetrieben Biel, Biel/Bienne

Redaktion/Administration:

Postfach, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52
Nr. 1, Februar 2026
E-Mail: redaktion@vpod-ssp.ch | www.vpod.ch
Erscheint 8-mal pro Jahr



Christoph Schlatter
ist Redaktor des VPOD-Magazins

Fahrplanwechsel

Zum Beispiel der Achter. Der Achter fährt zwar wie gewohnt ab Hardturm über den Escher-Wyss-Platz nach Bahnhof Selnau. Aber kurz danach biegt er unvermittelt rechts ab und verhält sich von da an, als ob er ein Fünfer wäre. Er strebt übers Bellevue hinauf zur Kirche Fluntern. Und sonntags gar bis zum Zoo. Ein Achter im Zoo! Wo gibt's denn sowas! Und dann der Vierer. Der Vierer tut nicht nur so, er verwandelt sich tatsächlich. Nämlich am HB. Dort wird er plötzlich zum Dreizehner. Wird gelb. Und fährt über die Enge ins Albisgütli, als ob er nie etwas anderes getan hätte. Auch am anderen Ende bleibt kaum ein Stein auf dem anderen: Den Zweier sichtet man plötzlich am Klusplatz oben statt im Tiefenbrunnen. Und wer gemütlich im Sechser vom Zoo in die Stadt gondelt, wird spätestens am HB Augen machen, weil das Gefährt unvermittelt als Vierzehner ins Triemli steuert. Fluide Identität!

Also wenn ich Züri-Tourist wäre, deuchte mich das schwierig. Wenn ich vom Uni- zum Triemlispital will, sagt mir niemand, dass ich die Fahrt ohne Umsteigen mit dem Sechser antreten und im Vierzehner beenden kann. Einige sollen schon Wochen in der Endlosschleife festsitzen, die der Elfer und der Fünfzehner neuerdings bilden. Aber auch ein paar Alteingesessene haben Mühe. Es befällt sie so ein «Man kennt sich ja in der eigenen Stadt nicht mehr aus»-Blues. Ein Gefühl, für das sie sich zugleich schämen, weil sie sich doch für geistig beweglich hielten und in der Lage fühlten, auch einen neuen Netzplan zu knacken. Selbst wenn sie seinerzeit am Zauberkwürfel, den die VBZ-Werbung aus besonderem Anlass zeigt, jämmerlich gescheitert sind.

Es wird auch mit den neuen Linien gehen, selbst wenn die Direktverbindung Aussersihl–Seefeld gekappt ist und der Anschluss am Stauffacher nur noch selten passt. Dass die neue Seilbahn Rigiblick dauernd kaputt ist, ist eh ein eigenes Kapitel. Aber die Empfindung, fremd zu sein oder es zu werden in der eigenen Stadt, der eigenen Sprache, der eigenen Zeit, ist trotzdem nicht ganz ohne. Nicht alle gehen gut damit um. Der rasche Wandel und die mit ihm einhergehende Dauerüberforderung sind ein Grund dafür, dass sich Menschen in irrationale Phantasien von einer «guten alten Zeit» flüchten – auch wenn es die nie gegeben hat. Und dass sie rechts wählen. Manche sogar sehr. Vorschlag daher: Rückbesinnung an anderer Stelle. Bei den Strassennamen zum Beispiel. Der Paradeplatz hiess früher einmal Saumarkt. Das wäre für das dort ansässige Finanzinstitut doch eine feine Adresse. Und fürs in- und ausländische Publikum unmittelbar einleuchtend, ja nachgerade selbsterklärend.



Ja zum Klimafonds am 8. März

Am 8. März kommt neben der Halbierungsinitiative (Seiten 6/7) auch der Klimafonds an die Urne. Der SGB und der VPOD empfehlen ein Ja. Investitionen in die Solarenergie, in Gebäude und in den öV schaffen Arbeitsplätze. Der Klimafonds reduziert zugleich die Abhängigkeit von fossilen Importen (und damit auch von autokratischen Staaten). Die AHV und der Ausbau des Bahnnetzes sind Beispiele dafür, wie die Schweiz Jahrhundertaufgaben in gemeinwohlorientierter Weise bewältigt. Der ökologische Wandel ist unumgebar, aber er muss sozial abgefedert werden. Auch dafür sorgt der Klimafonds, ohne die Kaufkraft der Arbeitnehmenden zu schmälern. | *sgb/vpod (Foto: ultramansk/iStock)*

Gegen Gewalt im öffentlichen Verkehr

Mit einer Feierstunde haben die Sozialpartner im Eisenbahnverkehr das 25-jährige Bestehen der «Charta gegen Gewalt» begangen und das Dokument erneuert. Damit reagieren sie auf die zunehmende Zahl von Übergriffen. Aggressionen haben offenbar speziell in der Corona-Zeit zu- und seither nicht wieder abgenommen. Anspruch auf gegenseitigen Respekt haben sowohl die Beschäftigten als auch die Fahrgäste. Überall seien «Aufmerksamkeit, Haltung und Menschen, die hinschauen und handeln» nötig, sagte etwa Petra Breuer, Vizedirektorin des Bundesamts für Verkehr. Auch verbale Übergriffe sollen konsequent angezeigt werden; ein be-

Klimafonds-Abstimmung: Willkommen, ökologischer Wandel!

Novartis-Protest: Hiergeblieben, Pharmakonzern!

sonderer Fokus liegt auf Gewalt gegen Frauen. Den Beteiligten ist aber klar, dass sich das Problem weder auf die Schweiz noch auf die Verkehrsbranche beschränkt (siehe auch Seite 18). | *sev*

Sunrise: Für 7 Prozent ist Sonnenuntergang

Beim Telekommunikationsanbieter Sunrise droht erneut eine Massenentlassung: 7 Prozent der Belegschaft oder 190 Stellen sollen weg. Für die Syndicom ist das «ein harter Schlag». Die Gewerkschaft fordert das Unternehmen auf, ernsthaft nach Alternativen zu suchen und auf Kündigungen zu verzichten. Bereits 2024 hat Sunrise 166 Leute entlassen; die Belegschaft zählt noch gut 2600 Köpfe. Angeblich soll der aktuelle Abbau «die Unternehmensstruktur vereinfachen». Die Massnahme steht vor dem Hintergrund eines enormen Kostendrucks in der Branche; die rasche Technologieentwicklung zwingt zu immer neuen Investitionen, während der brutale Konkurrenzkampf (Sunrise ist hinter Swisscom die Schweizer Nummer 2) eigentliche Rabattschlachten generiert. | *slt*

Neuer Mantel fürs Baugewerbe

Die Delegierten von Unia und Syna haben dem neuen Landesmantelvertrag für das Bauhauptgewerbe (LMV) zugestimmt. Dieser wurde erst nach zähen Verhandlungen und einem branchenweiten Arbeitskampf abgeschlossen. Mit dem neuen LMV erzielen 80 000 Bauarbeiter Verbesserungen bei den Arbeitszeiten sowie eine Sicherung ihrer Kaufkraft. Einen Kompromiss fand man für die bisher unbezahlte Reisezeit: Ab einem gewissen Umfang zählt sie zur Arbeitszeit. Die neue Baustellenzulage, die bis 2029 auf 9 Franken pro Tag steigt, gilt als Beitrag an den Znüni sowie als Pauschale für den unbezahlten Rest der Reisezeit. Ferner ist eine Anpassung an die Teuerung vorgesehen (wenn auch kein vollständiger Ausgleich). Die lange Laufzeit von 6 Jahren entspricht in erster Linie dem Wunsch der Baumeister. | *unia/slt*

Hiergeblieben, Novartis!

Novartis hat die Streichung von über 700 Stellen in Stein (AG) angekündigt – gleichzeitig baut der Konzern die Produktion in den USA aus. Das wollen die Beschäftigten nicht hinnehmen. Gemeinsam mit Unia und Syna haben sie eine Petition lanciert, die den Erhalt der Arbeitsplätze am Standort im Aargau verlangt. 3210 Unterschriften und ein Protestmarsch über die Basler Dreirosenbrücke zum Campus zeigen den Unmut in der Belegschaft und stützen die dringende Forderung nach alternativen Lösungen. | *unia/slt (Foto: Amada44/Wikimedia CC)*

Pflege-Initiative: Wie ein gutgeheissenes Volksbegehren zerstückelt und verdaut wird

Die Zeit des Wartens ist vorbei

9. Januar, Trauertag für die Opfer von Crans-Montana: Während wieder einmal dem Gesundheitspersonal applaudiert wird, nimmt sich die nationalrätliche Gesundheitskommission die Arbeitsbedingungen in der Pflege vor und nagt das letzte Fleisch vom Knochen des Gesetzesentwurfs. | Text: Roman Künzler (Foto: majorosl/iStock)

Mit der Einführung der neuen Spitalfinanzierung, mit den Fallpauschalen und mit der Beschleunigung der Privatisierung im Gesundheitswesen haben sich die Arbeitsbedingungen in der Branche seit 2012 verschlechtert. Für viele ins Unerträgliche. Alle leiden, und viele der «Systemrelevanten» verlassen den Beruf. Andere geben jedoch nicht auf, kämpfen weiter und setzen sich mit beeindruckender gewerkschaftlicher Energie für Verbesserungen ein. Durchaus mit Erfolg: Am 28. November 2021 haben nicht weniger als 2 161 272 Stimmberechtigte in der Schweiz für eine klare Aufwertung der Arbeitsbedingungen und für eine Beendigung des Pflegenotstands votiert.

Bessere Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen? Die Zeit des Wartens ist vorbei.



Zentrale Forderung missachtet

Die gut informierten VPOD-Mitglieder wussten allerdings schon damals, dass die Sache mit dem Abstimmungserfolg nicht in trockenen Tüchern ist. Unsere Gegnerinnen sind in Parlament und Lobbys so gut positioniert, dass sie auch klare Abstimmungsergebnisse zum Verschwinden bringen können. Zuerst war der Bundesrat an der Reihe. Er schlug ein Bundesgesetz über die Arbeitsbedingungen in der Pflege (BGAP) vor, das bereits in diesem Stadium völlig ungenügend war. Ein obligatorischer 50-prozentiger Sonn- und Feiertagszuschlag war darin die einzige reale Verbesserung. Daneben: Pflicht zur GAV-Verhandlung, aber keine Pflicht zum GAV-Abschluss. Und: In GAV hätten sogar Verschlechterungen vereinbart werden können, was die Arbeitgeber natürlich sehr begrüsst.

Insbesondere aber hat bereits der Bundesrat die Umsetzung der zentralen Forderung der Pflege-Initiative verweigert: Die Vorschrift einer minimalen Personaldotation auf den Stationen – eine entscheidende Massnah-

me für mehr Schutz und weniger Stress am Arbeitsplatz und für gute Pflege der Patientinnen und Patienten. Auch zu einer zusätzlichen Finanzierung war der Bundesrat nicht bereit – der gleiche Bundesrat, der jetzt dem Militär zusätzliche drei Milliarden Franken zuschanzen will.

Es fehlt am minimalen Respekt

Auftritt der Arbeitgeber und der Gesundheitskommission: An einem Runden Tisch wird 2025 das BGAP diskutiert. Der SGB und der VPOD bringen ihre Forderungen ein und hören sich an, was die Spitäler und die Heime verlangen. Fazit: Die Arbeitgeber tun alles, um jeglichen Fortschritt zu verhindern. Es folgt am erwähnten 9. Januar 2026 das grosse Hauen und Stechen: In der von Regula Sauter (FDP), Präsidentin des Spitalverbandes H+, geleiteten Gesundheitskommission des Nationalrats wird das wenige verbliebene Fleisch systematisch vom Knochen genagt und verdaut. Senkung der horrenden Höchstleistungszeit von 50 Wochenstunden? Gestrichen. Würdiger Zuschlag für Sonn- und Feiertagsarbeit?

Aufgehoben. Reelle Zusatzfinanzierung? Gecancelt. Vorgaben für eine minimale Personalausstattung? Ohne Chance.

Ein unwürdiges Spektakel. Man reibt sich die Augen. Auf der einen Seite das kämpferische Personal, das erst noch, 5000 Leute stark, bei eisiger Kälte im November auf dem Bundesplatz demonstriert hat. Auf der anderen Seite schamlose bürgerliche Politikerinnen, Arbeitgeber und Versicherungen, die eine Volksabstimmung einfach ignorieren. Sie zerstören mehr als nur ein Gesundheitssystem. Auch der Glaube an demokratische Teilhabe steht auf dem Spiel. Es fehlt am minimalen Respekt für die Care-Arbeit, welche jeden Tag im Gesundheitswesen erbracht wird – notabene zu 87 Prozent von Frauen.

Jetzt bleibt nur noch eins zu tun: den Aufstand organisieren. Die Zeit des Wartens – aufs Parlament oder auf andere Wunder – ist vorbei. Jetzt wird organisiert, gekämpft, auch mit Streiks. Dafür braucht es uns alle. Denn es gibt viel zu tun, bis das Gesundheitspersonal endlich jenen Respekt erhält, den es verdient.

Die Zerstörung des medialen Service public aufhalten: Nein zur SRG-Halbierungsinitiative!

Abschied vom Lauberhorn?

2026 ist das Jahr der Schicksalsabstimmungen. Eine erste ist am 8. März: Wenn die «Halbierungsinitiative» von SVP & Co. angenommen wird, drohen Zerschlagung des medialen Service public und damit Zustände, wie sie in den USA bereits Realität sind. | Text: Christoph Schlatter (Fotos: Keystone)

Die Halbierungsinitiative der SVP will die Radio- und Fernsehgebühr («Serafe»-Gebühr) für Haushalte von 300 auf 200 Franken pro Jahr senken und für Firmen ganz abschaffen. Bereits im Vorfeld der Initiative hat Bundesrat Albert Rösti (SVP) eigenmächtig eine Reduktion der Abgabe von 335 auf 300 Franken verfügt – auf dem Verordnungsweg, am Volk vorbei. Das entspricht 17 Prozent des Budgets oder rund 1000 Stellen, die unter Ächzen eingespart werden müssen. Die weitere Senkung gemäss Initiative hätte eine glatte Halbierung zur Folge; statt heute gegen 1,3 Milliarden stünden der SRG noch rund 630 Millionen Franken zur Verfügung. Damit lässt sich aber kein qualitativ hochstehender Rundfunk in drei bzw. vier Sprachen produzieren; Sport, Unterhaltung, Kultur und Information kämen unter die Räder, die Schweizer Sicht auf die Welt sowieso und die Barrierefreiheit gleich mit. Die SVP würde so zur Totengräberin binnenhelvetischer Solidarität.

Angst vor «Überfremdung»

Seit Menschengedenken macht die SRG Radio und Fernsehen für die ganze Schweiz. Was den Hörfunk angeht, ist sie seit 1931 aktiv, als der Bund lokale Pionierorganisationen in einen nationalen Verbund überführte und die erste Konzession vergab. Schweizer Fernsehen gibt es, abgesehen von Demovorführungen an der Landi, seit 1953. Damals startete ein Testbetrieb mit einstündigen Sendungen an bloss fünf Abenden pro Woche. Es gab ja auch erst 920 Empfangsgeräte im ganzen Land. Aber man wollte etwas Eigenes – nicht zuletzt aus Angst vor «Überfremdung und Propaganda» durch ausländische Anbieter (heute offenbar für die SVP kein Kriterium mehr). Seit 1938 macht die SRG

Radio in allen vier Landessprachen. 1958 wurde auch das Fernsehen zu einer regulären Einrichtung, die sofort zweisprachig, ab 1961 zusätzlich italienisch sendete.

Dass die SRG ein nationales Solidarwerk ist, lässt sich an der heutigen Verteilung der Medienabgabe gut aufzeigen. 2024 kommen daraus 1,29 Milliarden Franken zusammen. 73 Prozent des Geldes stammen aus der Deutschschweiz – eingesetzt werden dort aber nur 44 Prozent: 560 Millionen Franken. Das Westschweizer Radio und Fernsehen hätte ohne internen Finanzausgleich nur 300 statt der tatsächlichen 415 Millionen Franken zur Verfügung. Noch krasser ist der Unterschied für die italienische Schweiz: Sie bekommt 285 statt 50 Millionen Franken (die rätoromansche Schweiz 25 statt 5 Millionen). Allein dieser Geldfluss ermöglicht ein Programm auf Augenhöhe mit dem angrenzenden französisch- und italienischsprachigen Ausland. Ohne ihn könnte höchstens die Deutschschweiz etwas Gescheites veranstalten.

Von «Arena» bis «Zwingli»

Fast 1,3 Milliarden Franken: Das scheint auf den ersten Blick sehr viel Geld zu sein. Aber auch nur auf den ersten Blick. Denn insbesondere die Produktion von Fernsehen ist teuer, wenn das Resultat nicht wie abgefilmtes Radio aussehen soll. Talkshows gehören noch zu den billigen Formaten. Gemäss den Angaben der SRG lassen sich etwa die «Arena», der «Club» oder «Gredig direkt» für einen dreistelligen Betrag je Sendeminute herstellen (zum Beispiel die «Arena» für 610 oder «Gredig direkt» für 588 Fran-

ken pro Minute). Für Magazinsendungen und Reportagen ist der Aufwand grösser. Eine Minute «Kassensturz» schlägt mit rund 3300 Franken, eine Minute «Rundschau» mit etwa 2300 Franken zu Buche. Nochmals von anderer Dimension sind die fiktionalen Eigenproduktionen. Beim «Tatort» zum Beispiel kostet eine Sendeminute mehr als 20 000 Franken (eine andert-halbstündige Folge ungefähr 2 Millionen Franken). Mit der Produktion zweier Folgen jährlich sichert man sich aber das Recht auf Ausstrahlung aller anderen «Tatorte» aus den deutschsprachigen Nachbarländern. 2025 waren das 34 an der Zahl.

Indes geht der Kulturauftrag noch viel weiter. Im Rahmen eines «Pacte de l'audio-

*Das Lauberhorn nur noch im Bezahlfernsehen?
Nein zur Halbierungsinitiative!*





Für das Schweizer Radio und Fernsehen (im Bild das Studio Leutschenbach) geht es am 8. März ums Eingemachte.

1917», zu deren 18 Millionen Franken Produktionskosten das Schweizer Fernsehen 7 beisteuerte. Auch das komische Format bespielt man – «Giacobbo Müller» ist unerreich – mit unterschiedlicher Fortune, ohne dass das der Wünschbarkeit eines helvetischen Satireformats Abbruch tut. Ähnlich wie das Fernsehen fürs Filmschaffen wirkt das Radio auf die hiesige Musiklandschaft – wer sonst spielt zuverlässig alle Arten von inländischer Musik?

Einzigartiges Korrespondentennetz

Ein grosser Teil der SRG-Finzen fliesst in Informationssendungen. Die «Tageschau» – alle Ausgaben zusammen – beansprucht beispielsweise einen Budgetposten von 21 Millionen Franken und damit schon gegen die Hälfte dessen, was für Nachrichten insgesamt zur Verfügung steht (48 Millionen). Ins Gewicht fallen namentlich die Kosten für das Korrespondentennetz: fürs

Radio sind 19, fürs Fernsehen 20 Journalistinnen und Journalisten über die Welt verteilt, die zum grossen Teil fest angestellt, zum kleineren freischaffend sind. Der Wegfall von zuverlässigen Nachrichtensendungen mit «kuratiertem» Inhalt wäre eine Katastrophe: Anschauungsunterricht gibt Trumps Amerika.

Man kann aber auch mit dem Sport gegen die Halbierungsinitiative argumentieren. Genaue Zahlen für diesen Bereich sind schwer erhältlich. Es kursiert die Zahl von 41,2 Millionen Franken als Durchschnitt des 2018 bis 2021 für Übertragungslizenzen Ausgegebenen. Die einzelnen Beträge sind geheim. Allein für den – fürs helvetische Selbstverständnis und -bewusstsein so wichtigen – alpinen Ski-Weltcup werden Summen im zweistelligen Millionenbereich vermutet. Ganz abgesehen davon, dass der Wegfall von Sportübertragungen auch den Wegfall von gewichtigen Werbeeinnahmen bedeuten würde: Das gesparte Hunderternötli dürfte auch dem Sportfan nicht ausreichen, die gestrichenen Events, von Lauberhorn bis Fussball-WM, im Pay-TV-Segment einzukaufen.

visuel» lassen SRF bzw. SRG jährlich 34 Millionen Franken ins eigenständige Schweizer Filmschaffen fließen. Aus diesem Topf wurden etwa Kinofilme wie «Heldin», «Räuber Hotzenplotz» oder «Zwingli» mitfinanziert. Das Engagement im Serienfach hat Strassenfeger wie den «Bestatter» und den «Tschugger» hervorgebracht. Dass nicht alles gleich gut gelingt, liegt in der Natur der Sache: Die teuerste Serie ever war «Davos

Nein zu Fake-News à la Trump!

Nein zur Halbierungsinitiative! Denn erstens sind unabhängige Medien die einzige Versicherung gegen Fake-News. Zweitens bietet nur die SRG Gewähr für ein ansehnliches TV-Angebot in allen Sprachregionen. Drittens verhindert das Nein einen Kahlschlag beim Schweizer Film- und Musikschaffen.

Nein zur Desinformation

Im Zeitalter von Trump und von Fox News ist es offensichtlich: Es braucht verlässliche und unabhängige Medien. Nur sie liefern vertrauenswürdige Information – und die wiederum ist Voraussetzung für die Meinungsbildung und also für die Demokratie. Würde die SRG ihre Vorreiterinnenrolle verlieren, wäre das Feld offen für Desinformation aus Nachlässigkeit oder für solche mit politischer Agenda. Es droht eine Entwicklung à la USA, wo einige Superreiche jetzt schon zahlreiche Fernsehstationen, einen Grossteil der Zeitungen und alle Online-

plattformen besitzen, was Leuten wie Trump in die Hände spielt.

Nein zur Entsolidarisierung

Zwar kennen auch die Nachbarländer der Schweiz (kleine) kulturelle Minderheiten. Trotzdem ist die Schweiz auch in Bezug auf ihre Sprachen ein Sonderfall, denn mindestens die französische und die italienische Sprachgruppe haben markante Anteile. Ihnen bietet die SRG ein qualitativ hochstehendes Radio- und TV-Vollprogramm, das mit demjenigen der Nachbarstaaten wetteifern kann. Wenn die Gelder halbiert werden, wäre das für die Romandie kaum, fürs Tessin überhaupt nicht mehr möglich. Dass Private Ersatz schüfen, ist unrealistisch. Die Landesteile würden sich – eine Entwicklung, die ohnehin im Gang ist – kulturell noch stärker an ihren jeweiligen grossen Nachbarländern orientieren; die Berichterstattung über die Schweiz und die Vermittlung einer

spezifischen Schweizer Perspektive blieben dabei auf der Strecke.

Nein zum Kahlschlag

Ohne die SRG keine «Heldin», kein «Wolkenbruch», keine «Göttliche Ordnung»: Die SRG fördert sowohl indirekt als auch ganz direkt den einheimischen Film. Auch die Schweizer Literatur-, Theater- und namentlich die Musikszene profitieren ganz konkret. Das Schweizer Musikschaffen stünde ohne SRG auf verlorenem Posten: Sie ist seine wichtigste Sponsorin und – mit freiwilligen Quotenregeln – auch die zuverlässigste Vermittlerin hiesigen Schaffens, und zwar über alle Sparten hinweg. Wo Kultur allein von Marktgesetzen bestimmt wird, ist kein Raum für nationale Sonderfälle – und auch nicht für Jodel- und Ländlermusik, im Fall. Das müsste eigentlich auch die angeblich so heimatverbundene SVP wissen. | *Christoph Schlatter*

Neue Publikationen untersuchen den Alltag von Offizieren im Ersten und der Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg

Kein Volk von Brüdern

Zwei neue Bücher erhellen den Schweizer Alltag im Krieg. Mario Philipp Podzorski-Gächter zeigt, wie Offiziere die Jahre 1914–1918 erlebt haben; Béatrice Ziegler bringt Differenzierung ins Holzschnitt-Narrativ, das den Umgang mit dem Zweiten Weltkrieg lange beherrschte. | Text: Christoph Schlatter

Wenn die Geschichtswissenschaft ihren Fokus weg von den grossen Männern und hin auf die kleine(re)n Leute richtet, hat sie ein Quellenproblem. Die Erfahrungen des Alltags sind oft so flüchtig, dass selbst Oral History nicht mit Sicherheit dazu verhilft, herauszufinden, wie «es» gewesen ist. Béatrice Ziegler nutzt lokalgeschichtliche Dokumente, um ein Bild der Verhältnisse in der Schweiz während des Zweiten Weltkriegs zu zeichnen. Drei Elemente des Vollmachtenregimes rückt sie in den Mittelpunkt: die Anweisung zur Verdunkelung, die Steuerung der Lebensmittelverteilung mittels Rationierung und die verfügte Ausdehnung und Umstellung der Landwirtschaft.

Verdunkelung als Anpassung

Die «Landigeist»-Vorstellung, wonach ein «einig Volk von Brüdern» in der Zeit grösster Bedrohung zusammengerückt sei und mit Entbehrungen die Unabhängigkeit der Schweiz bewahrt habe, ist längst geritzt. Aber auch der Antagonismus «widerständiges Volk – anpassungsbereite Eliten» ist – jedenfalls in dieser Kürze – falsch. Gegen die nächtliche Verdunkelung des Aussenraums, die von November 1940 bis September 1944 für die ganze Schweiz verfügt war, gab es Opposition. Die Massnahme entsprang ja auch nicht Überlegungen des Bevölkerungsschutzes, sondern war eine Katzbuckelei vor den Achsenmächten. Namentlich die Grenzregionen waren damit zusätzlicher Bombengefahr ausgesetzt. Der Verfügung, so Béatrice

Ziegler, wurde auch sonst auf Gemeindeebene höchstens «mit Murren» nachgelebt; Opposition aus den Grenzkantonen kam artikuliert.

In der raschen Rationierung von Grundnahrungsmitteln und sonstigem Überlebensbedarf spiegelt sich die Erfahrung der Versäumnisse aus dem Ersten Weltkrieg. Auch hier erweist sich aber die Vorstellung eines «von Solidarität und geeinter Wehrhaftigkeit geprägten Handelns der Bevölkerung» als nachträglich konstruiert. Der Versuch, staatliche Vorschriften zu umgehen, war Alltag – und schlug sich in 231 000 Strafuntersuchungen und 213 000 Verurteilungen nieder. Im lokalen Kontext galten eben andere Massstäbe: Die Schwarzschlachtung sah man als legitim an, sofern das halbe Dorf profitierte.

Die Ausdehnung und Umstellung der Agrarproduktion ist als heroische «Anbauschlacht» in die Geschichte eingegangen.

Béatrice Ziegler relativiert: Zum einen fanden auch diese Massnahmen nicht uneingeschränkte Unterstützung, zum anderen war ihr Ziel – Autarkie – von allem Anfang an illusorisch. «So gewohnt wie möglich» habe die Bevölkerung ihren bisherigen Alltag auch in den Kriegsjahren fortzusetzen versucht. Das war oft mit Ungehorsam

oder aber mit Gleichgültigkeit verbunden. Mit der Berücksichtigung der widerspenstigen Perspektive «von unten» kommen solche Aspekte stärker ins Blickfeld und konterkarieren die traditionell kultivierte «Idee patriotischen Gemeinschaftssinns».

Bewährung gegen «Bolschewisten»

Auf einen schmalen, aber aussagekräftigen Quellenbestand stützt sich Mario Philipp Podzorski-Gächter für seine Arbeit zum Ersten Weltkrieg: Briefe und Tagebücher von 23 Deutschschweizer Offizieren wertet er aus. Seine Erkenntnis in aller Kürze: Tatendrang und Vaterlandsbegeisterung der Einrückenden

wurden 1914 rasch enttäuscht. Im Verlauf von vier langen Kriegsjahren war dann nicht mehr so viel Sinnstiftendes zu tun, dafür stand die Bevölkerung der Armee zunehmend feindselig gegenüber. Der als bolschewistische Umsturzversuch interpretierte Landesstreik lieferte neuerliche Legitimation – «Nun haben wir Krieg im Innern» – und die Möglichkeit «sich zu bewähren». «Bewährung» wird von Podzorski-Gächter ohnehin als ein mächtiges Antriebs- und Deutungsmuster propagiert, jedenfalls für das bürgerliche Milieu seiner aufschlussreichen Studie.

Mario Philipp Podzorski-Gächter: «Und das nennt sich Grenzbesetzung!» Erfahrungen von Deutschschweizer Offizieren während des Aktivdienstes im Ersten Weltkrieg, Zürich (Chronos) 2025. 376 Seiten, 48 CHF.

Béatrice Ziegler: Nationaler Ausnahmezustand und individuelle Lebensbewältigung. Aspekte des Alltagslebens in der Schweiz, 1939–1945, Zürich (Chronos) 2025. 257 Seiten, 38 CHF.



Das Arbeitsgericht Zürich entscheidet eine Lohnklage nach Gleichstellungsgesetz

Nichtdiskriminierung nicht bewiesen

Noch gibt es zur Handhabung des Gleichstellungsgesetzes wenig Praxis und noch weniger Literatur. Ein Urteil des Arbeitsgerichts zeigt die Anwendung musterhaft: Ist Lohndiskriminierung erst einmal glaubhaft gemacht, hat die Klägerin wegen der Beweislastumkehr gute Karten. | Text: Christoph Schlatter (Foto: mtreasure/iStock)

Das Gleichstellungsgesetz nimmt in der schweizerischen Gesetzeslandschaft eine Sonderstellung ein: Es ist auf sämtliche Arbeitsverhältnisse – private und öffentlich-rechtliche – anwendbar. Es enthält das Element der Beweislastumkehr, das man sonst im Arbeitsrecht nicht findet. Und es erlaubt – mindestens theoretisch – sogar die zwangsweise Wiedereinstellung geschasster Arbeitnehmerinnen. Spezifisch ist auch das zweistufige Verfahren: Zunächst wird geprüft, ob die Diskriminierung glaubhaft ist. Dann muss die beklagte Partei ihre Unschuld beweisen.

Zeitversetzter Vergleich zulässig

Wie das im konkreten Fall aussieht, führt das Arbeitsgericht jetzt vor. Der Fall spielt in einer grossen Personalvermittlungsfirma. Die Klägerin bekleidete dort von 2018 bis 2021 eine höhere Funktion. Ihr oblag die Direktion einer Branche, nämlich des Gesundheitswesens, während jene Angestellten, mit denen sie sich vergleicht, für eine Region zuständig waren. Aus Sicht der Klägerin waren es rund 130 000 Franken, die man ihr vorenthalten hatte. Das Gericht musste mit Blick auf die vergleichbaren Positionen beurteilen, ob der Lohnunterschied sachlich begründet oder tatsächlich die Folge von Geschlechterdiskriminierung war.

Die beklagte Firma bestritt letzteres naturgemäss. Unter anderem verwies sie darauf, dass sich in der besser bezahlten Gruppe der sogenannten Regionalleitungen ebenfalls eine – ebenfalls besser bezahlte – Frau befunden habe, was Geschlechterdiskriminierung ja wohl ausschliesse. Damit konnte sie aber beim Arbeitsgericht nicht landen: «Eine Lohndiskriminierung zwischen weiblichen und männlichen Angestellten ist auch dann möglich, wenn der Arbeitgeber

Angestellte des gleichen Geschlechts ebenfalls ungleich behandelt.»

Entlastungsbeweis scheitert

So ging es vor allem um die Frage, ob die Klägerin im Vergleich zu den Regionalleiterinnen eine Sonderrolle gehabt habe, die objektiv eine geringere Entlohnung rechtfertigte. Dass es Unterschiede gab, war nicht bestritten, etwa dass die Klägerin nicht zeichnungsberechtigt war, weniger Untergebene hatte und ein schmaleres Budget verantwortete als die Kollegen auf den Vergleichspositionen. Auch beim erzielten Umsatz lasse sich die Differenz klar erkennen, betonte die Beklagte: knapp 15 Millionen hier, 179, 50 und 56 Millionen dort.

Aber weder damit noch mit dem Hinweis auf bessere Ausbildung und längere Berufserfahrung der Regionalleiter drang die beklagte Firma durch. Sie hatte in den Augen des Gerichts deren Karrieren und Ausbildungen zu wenig klar dokumentiert und es zudem versäumt darzulegen, warum dieses oder jenes Studium einen höheren Lohn rechtfertige als das Curriculum der Klägerin. Ähnlich bei der Berufserfahrung: Eine spezifisch personalvermittlungsspezifische Erfahrung, die der Klägerin weitgehend fehlte, sei auch bei den Regionalleitern nicht durchwegs vorhanden gewesen. Auch damit lasse sich der geringere Lohn der Klägerin nicht rechtfertigen.

«Basierend auf den Argumenten der Ausbildung und Berufserfahrung gelingt es der Beklagten mithin nicht, den Entlastungsbeweis für die durch die Klägerin glaubhaft gemachte Lohndiskriminierung im Vergleich zu den Regionaldirektoren zu erbringen», heisst es zusammenfassend in dem Urteil. Weil Nichtdiskriminierung



Beim Verfahren nach Gleichstellungsgesetz wirken spezifische Mechanismen.

nicht belegt werden konnte (oder jedenfalls nicht belegt wurde), gilt im Zweifel – wegen der Beweislastumkehr – der Tatbestand der Diskriminierung als erstellt.

Streit um den Bonus

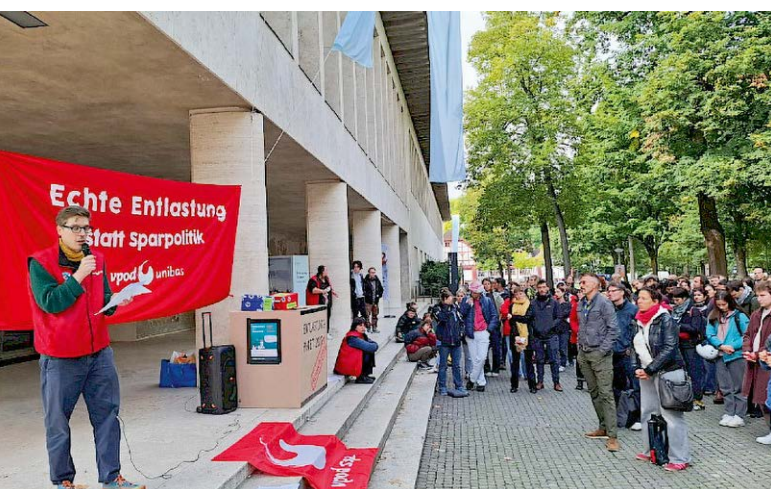
Gleichwohl erhält die Klägerin lediglich einen Teil der geforderten Summe nachbezahlt, nämlich rund 85 000 statt 130 000 Franken. Der Bonus wurde als «unechte Gratifikation» eingestuft, für die zwar ein grundsätzlicher Anspruch, nicht aber der Umfang festgelegt ist. «Mangels einer entsprechenden Vereinbarung» gehe die Klägerin in diesem Punkt leer aus. Zum gleichen Schluss wäre das Gericht allerdings auch gekommen, wenn es den Bonus als Lohn qualifiziert hätte. Zwar bestünde dann ein Anspruch pro rata, aber nur bei Erreichung der Zielvorgaben. Und von vier Zielvorgaben hatte die Klägerin unbestrittenermassen drei verfehlt.

Arbeitsgericht Zürich, Entscheid AN220012 vom 9. Mai 2023



Unsinnige Sparübung in Freiburg.

Kosmetische Reformübung an der Uni Basel.



weitere Entlastung brauche. Die Beschlüsse des Kantonsrats werden voraussichtlich wegen eines Referendums von rechts noch vors Volk kommen. | vpod

Universität Basel: Rein kosmetische Reform

Die Gruppe VPOD Mittelbau an der Universität Basel kritisiert die geplante Reform der Anstellungsbedingungen für Doktorierende und Postdoktorierende, insbesondere dort, wo diese auf einen rascheren «Turnover» abzielen, also eine weitere Erhöhung der Fluktuation. Damit würden die Probleme einfach aus der Uni hinaus verlagert – dabei gelte es doch, faire und nachhaltige Perspektiven *innerhalb* der Wissenschaft zu schaffen. Daher will der VPOD mehr und frühere Festanstellungen, weniger Hierarchie und faire Löhne. | vpod (Foto: SiyueSteuber/iStockphoto)

Freiburg macht gegen Sparwahn mobil

Der Sparplan – eher Sparwahn – des Freiburger Staatsrats heisst «Pafe» (deutsch: «Lafe»); am 26. April wird darüber abgestimmt. Zur hohen Zahl von über 11 500 Referendumsunterschriften hat der VPOD die Hälfte beigesteuert; im vergangenen Jahr nahmen tausende Staatsangestellte an Aktionstagen teil. Bereits vor der Abstimmung läuft das Freiburger Spital HFR auf dem Zahnfleisch; es gibt strukturelle Engpässe, die von saisonalen Erscheinungen – Grippewellen, Skiunfälle – noch zusätzlich akzentuiert werden. Das HFR musste beispielsweise Patientinnen und Patienten der Inneren Medizin vorübergehend auf andere Abteilungen verlegen und elektive Eingriffe verschieben. | vpod (Foto: Keystone)

Lehrberufe Zürich: Chancen und Grenzen

Der VPOD Zürich sieht im Entscheid des Zürcher Kantonsrats zum Berufsauftrag für die Lehrpersonen sowohl Chancen als auch Grenzen. Die Anhebung des Unterrichtsfaktors von 58 auf 59 Stunden wird begrüsst. Diese Zahl stellt dar, wie viel anrechenbare Zeit den Lehrkräften jährlich pro Lektion im Wochenstundenplan zur Verfügung steht. Die Erhöhung sei «ein Gewinn»; das zusätzliche Zeitbudget ermögliche bessere Planung und schaffe spürbare Entlastung im Alltag, so der VPOD. Begrüsst wird auch der Entscheid des Parlaments, das Mindestpensum bei 35 Prozent zu belassen. Dennoch betont der VPOD, dass es in der Volksschule

Gewalt gegen Frauen: Nationalrat rudert zurück

Fehlentscheid des Nationalrats in der Budgetdebatte: Streichung zusätzlicher Mittel für den Schutz vor geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt. Für den VPOD ist klar: Präventions- und Unterstützungsangebote in diesem Bereich sind nicht «nice to have», sondern nötig. Die jährlich gemeldeten über 20 000 Fälle von häuslicher Gewalt sind eine klare Aufforderung zum Handeln. Das sehen auch die 500 000 so, die sofort eine Onlinepetition unterschrieben haben, genauso jene, die sich an massiven Protesten auf dem Bundesplatz beteiligten. Überall war der VPOD an vorderster Front dabei. Er hält fest: «Gerade im Service public sind Beschäftigte nicht nur Zeugen, sondern oft auch Ansprechperson und Erste Hilfe für Betroffene von Gewalt. Unterfinanzierung in diesem Bereich führt zu Mehrbelastung, Unsicherheit und schlechteren Dienstleistungen.» Der Ständerat hat den Entscheid revidiert und die zusätzliche Million wieder ins Spiel gebracht, die letztlich auch – und deutlich – die Zustimmung des Nationalrats fand. | vpod

Stadt Zürich: Mehr Ferien in Sicht

Noch ist nichts in trockenen Tüchern, denn die Vorlage muss erst ausgearbeitet werden und nochmals durchs Stadtparlament. Immerhin aber hat der Zürcher Gemeinderat für die 33 000 Angestellten der Stadt eine zusätzliche Ferienwoche bewilligt. Umstritten ist, ob es sich um eine zusätzliche 5. oder um eine 6. Ferienwoche handelt. Bisher haben die städtischen Angestellten lediglich 4 Wochen eigentliche Ferien, aber das Anrecht auf 6 zusätzliche «eingeklemmte» Tage Betriebsferien (nach Auffahrt und «zwischen den Jahren»). | vpod

Interview mit dem Volkswirtschaftler Michael Graff über Staatsverschuldung und ihre Wirkungen

«Schwäbische Hausfrau? Kein Vorbild!»

Die Schweizer Schuldenbremse ist dysfunktional. Und generationengerecht ist sie auch nicht. Dies sagt der emeritierte KOF-Ökonom Michael Graff. Das VPOD-Magazin stellte einmal mehr dumme Fragen, um gescheiter zu werden. | Interview: Christoph Schlatter

1 «Und vergib uns unsere Schuld», heisst es im Vaterunser. Das Wort «Schuld» ist offensichtlich moralisch aufgeladen. Im Plural drückt es meist finanzielle Betreffnisse aus. Jedenfalls aber geht es um Dinge, die zu tilgen, abzuwaschen, auszugleichen sind.

Ich bin kein Bibel-exeget. Ich weiss auch nicht, ob in anderen Sprachen eine ähnlich deutliche moralische Konnotation besteht. Auf Deutsch gibt es den Zusammenhang auf jeden Fall: Bei der Schuld und bei den Schulden geht es offenbar darum, eine saubere Weste zu haben. Und diese Vorstellung hilft natürlich jenen, die eine Schuldenbremse befürworten. Sie befördert Sätze wie

«Das muss ja alles einmal zurückbezahlt werden» oder «Das belastet zukünftige Generationen».

2 Häufig werden Vorstellungen vom Privathaushalt auf den Staat übertragen. Ist das denn falsch?

Es gibt Fehlschlüsse bei der Übertragung von der Mikro- auf die Makro-Ebene. Und das hier ist ein typischer. Du oder ich oder die schwäbische Hausfrau (falls man die in der Schweiz auch kennt) – wir wollen uns nicht verschulden. Denn wenn Private Kredite aufnehmen, dann vorwiegend für unproduktive Dinge. Der neue Kühlschrank erwirtschaftet keinen Ertrag. Da-

zu kommt: Wir müssen die Schulden, die wir als Privatperson gemacht haben, in unserer eigenen Lebenszeit zurückzahlen. Sonst vererben wir sie unseren Kindern.

3 Und der Staat nicht? Weil er ewig währt?

Sozusagen. Also: Natürlich sterben Staaten. Es mag umstritten sein, ob die Schweiz seit 1291 oder seit 1848 besteht. Es kann sein, dass sie nicht in alle Ewigkeit hält. Aber in allen politischen Lagern besteht doch Konsens darüber, dass der Staat weiterexistiert. Anders als ein Mensch hat er keine absehbar begrenzte Lebensdauer.

4 Aber das Thema «Generationengerechtigkeit» beschäftigt ja auch beim Staat. Was hinterlassen die Abtretenden den Künftigen?

Genau: Hinterlassen sie ein verlottertes Gemeinwesen mit bröckelnden Brücken und lottrigen Schulhäusern ohne qualifizierte Lehrkräfte? Oder einen Organismus, der im Schuss ist und funktioniert? Vor allem aber wird mit den Schulden auch die Maschine weitervererbt, mit der die Schulden bedient werden können.



Hausfrau, 1950er Jahre. (George Marks/iStock)



Michael Graff ist emeritierter Professor für Volkswirtschaftslehre und leitete an der KOF der ETH Zürich den Forschungsbereich Konjunktur.

Nämlich eine Wirtschaft, die prosperiert und Steuern generiert.

5 Der Staat kann ja auch – im Gegensatz zu Privatleuten – Geld drucken. Durch die Inflation schmelzen die Schulden dann wie Schnee an der Frühlingssonne.

Das stimmt. Und das haben Staaten in der Vergangenheit gemacht. Vor allem in Krisen- und Kriegszeiten. Ein Beispiel ist Deutschland, das mit der enormen Hyperinflation 1923 seine Kriegsschulden losgeworden ist – zulasten der Kleinsparer. Heute ist in den Wirtschaftswissenschaften unbestritten, dass «Geld drucken» kein gutes Rezept ist und dass Zentralbanken in dieser Hinsicht unabhängig sein sollten von der Regierung. Das hat sich durchgesetzt. Weitestgehend.

6 Ausser vielleicht grade in den USA.

Dort versucht sich Trump gerade an diesem Tabu; bislang waren seine Angriffe rhetorischer Natur, aber jetzt versucht er



Paternosterkirche Jerusalem. (Gerd Eichmann/Wikimedia CC)

schon, den ihm nicht zudienenden Zentralbankchef mit Hilfe vorgeschobener Anschuldigungen aus dem Amt zu drängen. Er sollte auf andere Länder schauen, die keine unabhängige Notenbank besitzen. Etwa die Türkei. Sie zahlt es mit enormen Inflationsraten von 50 Prozent und mehr.



Hyperinflation, 1923. (Reichsbank Berlin, Palauenco5/Wiki CC)

7 Aber Inflation kann doch hilfreich sein.

Richtig: Wenn die Finanzminister auf die Bedienbarkeit der Schuld achten, dann ist kurzfristig eine höhere Inflation nicht unangenehm. Aber daraus darf keine Hyperinflation erwachsen. Und langfristig funktioniert das Instrument nicht. Denn die Zinsen, die der Staat auf das Geld zahlen muss, das er sich leiht, reagieren ja ebenfalls auf die Inflation. Wenn wir annehmen, dass der Realzins 1 Prozent ausmacht und die Inflation ebenfalls 1 Prozent, dann zahlt der Staat 2 Prozent Zins für neu ausgegebene Wertpapiere. Steigt die Inflation auf 2 Prozent, zahlt er 3 Prozent. Die Entlastung durch Inflation gilt also nur für die Zeit, in der die laufenden Papiere noch nicht zurückgezahlt sind. Sobald neue ausgegeben werden, ist der Vorteil wieder weg.

8 Muss der Staat seine Schulden denn überhaupt zurückzahlen?

Nein. Er muss seine Schulden fristgerecht bedienen, aber nicht tilgen. Dazu gibt er Wertpapiere mit unterschiedlichen Laufzeiten aus. Es wird ein Zins vereinbart, sagen wir mal: 2 Prozent. Die Besitzerin dieses Wertpapiers bekommt so 10 Jahre lang für ihre 100 Franken jährlich 2 Franken überwiesen. Und am Ende der Laufzeit kriegt sie ihren Einsatz zurück. Damit hat der Staat diese Schuld ordentlich bedient. Aber gleichzeitig wird er in der Regel, wenn ein Wertpapier abgelaufen ist, ein neues ausgeben. Und die wichtige Frage ist, ob er das wieder zu den gleichen Konditio-

nen tut. Wenn die Inflation angezogen hat, muss er vielleicht 3 oder 4 Prozent Zins bieten. Wenn die Inflation negativ war, kann es sogar sein, dass die Zinsen negativ sind.

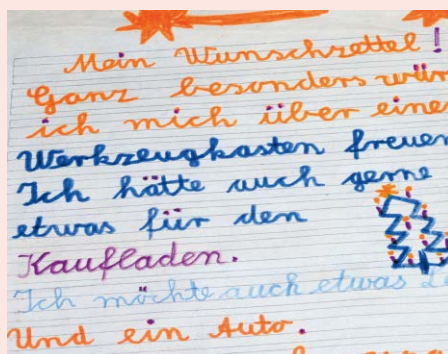
9 Wer sollte so etwas kaufen wollen: Obligationen mit Negativzinsen?

Auf den ersten Blick ist das in der Tat schwer vorstellbar. Was sind das für Menschen? Wo wohnen sie? Was treiben sie? Es dürften Leute sein, die eine solche Investition für sicherer halten als Bargeld. Das hat vor allem mit den Währungen zu tun. Bekanntlich wertet der Schweizer Franken gegenüber allen

anderen Währungen praktisch konstant auf. Wenn ich also in den USA wohne, wo der Dollar schwächelt, dann kann auch eine negativ verzinst Schweizer Obligation mehr abwerfen als die Investition in die eigene Währung. Deren Erwerb ist folglich rational.

10 Dumme Frage: Warum muss sich der Staat überhaupt Geld leihen? Warum kann er sich nicht vollumfänglich durch Steuern finanzieren?

Er könnte das, wenn er willens wäre. Genauer: Wenn der politische Wille dazu bestünde oder mehrheitsfähig wäre. Es gibt bekanntlich auf der Ausgabenseite Zwingendes, Gebundenes, um das man nicht herumkommt. Daneben besteht ein grosser Wunschzettel, durchaus nicht nur bei den Linken. Aktuell muss für die 13. AHV eine Finanzierung gefunden werden. Und wenn eine Mehrheit der Meinung ist, die Schweiz müsse aufrüsten, wird man auch das bezahlen müssen. An diesem Punkt ist es aus meiner Sicht tatsächlich der



Wunschzettel. (Keystone)

vernünftigste Gedanke, die Steuern zu erhöhen.

11 Beim Bund: die direkte Bundessteuer!

Ich wundere mich immer, dass das noch nicht einmal die Linke verlangt, wenn sich solche Ausgabenlücken auftun. Das wäre doch sozusagen die natürliche Reaktion. Denn mit einer Erhöhung der direkten Bundessteuer wäre auch der kantonale Steuerwettbewerb ausgehebelt; man kann die Steuer nicht vermindern durch Umzug innerhalb der Schweiz. Es gibt einen anständigen Freibetrag und eine anständige Progression. Wenn es also beispielsweise einen politischen Willen gibt, die Verteidigungsausgaben zu erhöhen, dann schiene mir das das Mittel der Wahl.

12 Zumal die direkte Bundessteuer ursprünglich eine Wehrsteuer war – und auch so hiess. Aber warum dreht niemand mehr an dieser Stellschraube?

Die Schweiz ist halt ein bürgerliches Land. Die Finanzpolitik steht im Dienst der Eliten. Steuersätze scheinen sich nur in eine Richtung entwickeln zu dürfen: nach unten. So greift man zu anderen Instrumenten, die aus meiner Sicht grössere Nachteile haben. Die Mehrwertsteuer etwa kennt keine richtige Progression, nur eine indirekte mit unterschiedlichen Sätzen für unterschiedlich lebensnotwendige Güter.

13 Vielleicht kannst du Steuern insgesamt und die unterschiedlichen Steuerarten noch etwas charakterisieren.

Insgesamt kann man sagen: Für Gebühren «kauft» man etwas; dagegen sind Steuern eine – demokratisch legitimierbare – Form der Enteignung. Man nimmt den Leuten im Namen des Staates etwas weg – ohne konkrete Gegenleistung. Und ohne das Versprechen, ihnen das jemals zurückzugeben. Aber es gibt natürlich trotzdem eine Gegenleistung: ein funktionierendes Staatswesen. Die naheliegendste und gerechteste Form dieser «Zwangsenteignung» ist die Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Zweckgebundene oder lenkende Steuern und Abgaben gelten weitherum als suboptimal. Beispiel Tabaksteuer: Wenn die erwünschte Verhaltensänderung eintritt und die Leute mit dem Rauchen aufhören, bringt die Steuer nichts



Tabakbesteuerung. (Pepsone/iStock)

mehr ein. Aus ökonomischer Sicht sollte der Staat also Steuern nach Leistungsfähigkeit erheben – und in dem Umfang, in dem er sie benötigt.

14 **Aber das geschieht nicht. Man nehme ja nicht zu wenig Geld ein, heisst es. Sondern man gebe zu viel aus.**

Die Behauptung, dass die Schweiz kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem habe, gewinnt durch ihre stete Wiederholung nicht an Evidenz.

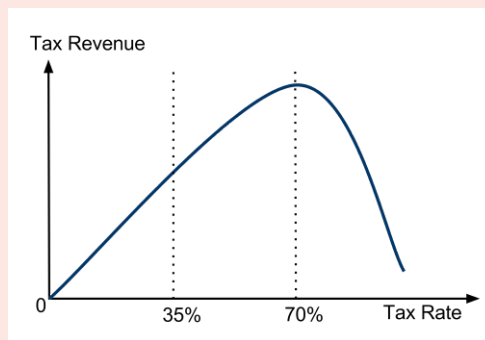
15 **Es gibt Länder, die in dieser Situation Zölle erhöhen.**

Wenn man ein sehr mächtiges Land ist, kann man es damit probieren... Ein normales Land – wenn es einen guten Leumund hat – wird sich in dieser Situation verschulden. Es holt sich Geld bei seinen Bürgern und sonstwo auf der Welt, aber mit dem Versprechen, dieses zurückzahlen und zusätzlich einen Zins zu überweisen. Das ist für die Finanzministerin natürlich zweite Wahl. Man macht das, wenn die Steuerbasis nicht mehr hergibt. Und schon sind wir bei der Laffer-Kurve.

16 **Was ist die Laffer-Kurve?**

Es ist eine vom US-Ökonomen Arthur B. Laffer vorgeschlagene Diagramm-Darstellung: Steuersatz ansteigend auf der x-Achse, Steuerertrag auf der y-Achse. Dabei entsteht, so die Annahme, eine parabelförmige Kurve, die beim Steuersatz 0 mit 0 Ertrag beginnt (wenn der Staat gar keine Steuern

erhebt) und beim Steuersatz 100 mit 0 Ertrag endet (weil dann die wirtschaftliche Tätigkeit zum Erliegen kommt). Auf dem Hügel dazwischen befinden wir uns irgendwo. Und irgendwo, bei einem bestimmten Steuersatz, liegt auch das Optimum: der maximal erzielbare Steuerertrag. Das Problem dabei ist: Niemand kann zweifelsfrei belegen, wo auf der Kurve wir momentan grad sitzen. Ob links oder rechts des Scheitelpunkts. Die Rechten sagen: Wir sind rechts davon und müssten Steuern senken, um mehr Einnahmen zu generieren, weil die Wirtschaft bei weniger Steuerlast noch mehr floriert. Das ist das, was Laffer als Berater damals seinem Präsidenten Ronald Reagan geflüstert hat. Und was auch das Mantra in der Schweiz ist. Die Linken sagen dagegen: Wir sitzen links vom Gipfel und müssten den Steuerfuss anheben, um zu mehr Ertrag zu kommen.



Laffer-Kurve. (Lawrencekhoo/Wikimedia CC)

17 **Die Schweiz hat nicht besonders hohe Steuern, oder?**

Sogar extrem niedrige. In Deutschland lag der Grenzsteuersatz, als ich damals dort zu arbeiten begonnen habe, bei 56 Prozent, heute beträgt er 45 Prozent. In den USA im Wirtschaftsboom der Nachkriegszeit gab es Spitzensteuersätze um die 90 Prozent. Die Leute haben nicht aufgehört zu arbeiten.

18 **Wir haben am Anfang beim Beispiel Privathaushalt schon angedeutet, dass es einen Unterschied macht, wofür ich mir Geld leihe. Ob es sich um Konsum oder um Investition handelt.**

Wann ist es sinnvoll, einen Kredit aufzunehmen? Und wann sollte man das nicht tun? Die schwäbische Hausfrau wird sich für ein neues TV-Gerät nicht verschulden; es trägt nichts ein. Aber ein

Taxiunternehmen, auch eines in Stuttgart, kauft vielleicht drei neue Autos. Wenn es damit rechnet, dass die Wagen mit 4 Prozent mehr Rendite bringen als die Schuldzinsen mit 3 Prozent, lohnt sich die Anschaffung.

19 **Also kann sich auch der Staat problemlos verschulden für Investitionen, die einen Ertrag abwerfen.**

Natürlich. Aber viele Dinge, die der Staat tut, generieren keinen direkten wirtschaftlichen Nutzen, sondern haben eine «soziale Ertragsrate», die nicht ganz einfach zu beziffern ist. Was ist zum Beispiel soziale Kohäsion wert? Wenn es eine gute Altersvorsorge gibt, macht das ein Gemeinwesen attraktiver und humaner; die Luft in einem solchen Land atmet sich besser als die Luft dort, wo alte Menschen darben müssen. Sehr einleuchtend ist der Nutzen bei der Bildung, die zwar nicht unmittelbar rentiert, weder für das Individuum noch für den Staat, der sie finanziert. Aber die Ausgabe lohnt sich nach wenigen Jahren – für alle: durch höhere Produktivität, höhere Löhne, höhere Steuern.



Bildungsrendite. (Michael Derrer Fuchs/iStock)

20 **Wie hoch sind denn nun eigentlich die Schulden der Schweiz?**

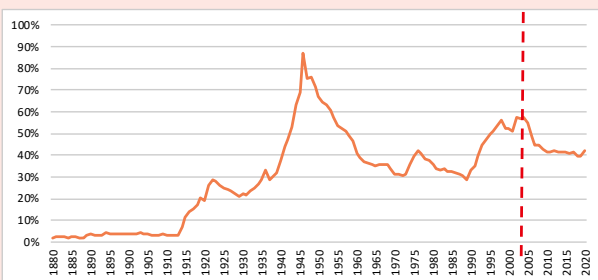
Einfache Frage. Komplizierte Antwort. Allein die Eidgenössische Finanzverwaltung benutzt vier unterschiedliche Definitionen und kommt auf vier unterschiedliche Schuldenquoten. Für ihre eigene Buchhaltung verwendet sie eine andere Logik als für das, was sie dem Internationalen Währungsfonds meldet. Und die Maastricht-Kriterien der EU werden nochmals anders hergeleitet. Ausserdem kann man die Schulden brutto oder netto ausweisen.

21 Der SGB kommt in seinen Berechnungen ja sogar auf ein Nettovermögen.

Die Betrachtungen divergieren stark. Erstens spielt die Frage hinein, was man zum Staatsvermögen rechnet. Zählt das Schienennetz der SBB? Oder nicht, weil es ein ausgelagerter Betrieb ist? Und zweitens lässt sich über die Bewertung der einzelnen Positionen streiten: Was kostet eine Immobilie an erster Lage wie das Bundeshaus? Insofern ist es wahrscheinlich nützlicher, über die Bruttoschulden zu sprechen. Also über die konkreten Beträge, die ausstehen. Für die Zinsen zu zahlen sind.

22 Hat die Schweiz heute mehr Schulden als früher?

Im Gegenteil. Die Schweiz hatte früher viel mehr Schulden. In der langen Frist sehen wir, dass die Schulden vor allem in Kriegs- und Krisenzeiten hochschnellten, im Ersten Weltkrieg, noch viel stärker in der Zeit der Weltwirtschaftskrise und des Zweiten Weltkriegs. Darauf folgt ein jahrzehntelanger Abwärtstrend, der sich erst in den 1990er Jahren wieder umdreht, mit einem Gipfel 2003. Seither geht's bergab, und die Corona-Jahre sind nur als leichte Zuckung erkennbar. Die Schuldenbremse wirkt.



Rückläufige Staatsschulden.
(Quelle: Jordà-Schularick-Taylor, Macroeconomic Database)

23 Und in Zahlen?

Nach der Maastricht-Berechnungsweise liegt die Schuldenquote der Schweiz bei knapp 25 Prozent des BIP – wenn man Bund, Kantone und Gemeinden zusammennimmt. Die Nettoschuldenquote nach IWF liegt nochmals tiefer, in der Gegend von 18 Prozent des BIP.

24 Genauer geht's nicht?

Es ist schwer, diesen Zahlensalat zu entwirren. Und in der beschränkten Zeit, die wir haben, ein Ding der Unmöglichkeit.

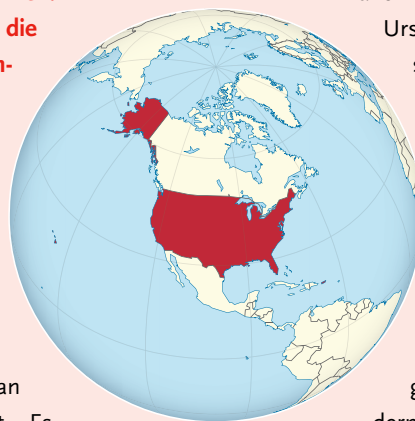
25 Also versuchen wir's relativ: Hat die Schweiz im Vergleich zu anderen Ländern hohe Schulden?

Die Schulden der Schweiz sind im internationalen Vergleich niedrig. Lass uns mit den Maastricht-Kriterien operieren: Die EU-Länder haben im Schnitt eine Staatschuldenquote von 87 oder 88 Prozent des BIP. Einzelne Staaten – Griechenland, Frankreich und Belgien – liegen bei über 100 Prozent. Die Schweiz wäre in dieser Klasse mit ihren 25 Prozent eine absolute Musterschülerin.

26 Wie eng ist denn der Zusammenhang zwischen der Schuldenquote und der Prosperität? Oder anders gefragt: Ab wo wird's gefährlich?

Bekanntlich haben die USA eine Schuldenquote in der Gröszenordnung von 130 Prozent. Manche halten das für ein Problem, obwohl die Wirtschaft weiter brummt.

Und das stabile Japan liegt bei 250 Prozent... Es gibt in der Wissenschaft kei-



USA 2025. (Wiki CC)

ne Einigkeit darüber, welches der «richtige» Grad der Staatsverschuldung ist. Benennen lassen sich lediglich bestimmte Kriterien. So kann es zum Beispiel gefährlich werden, wenn Schulden in ausländischer Währung aufgenommen werden. Wertet die eigene Währung dann ab, werden die Schulden in der Inlandswährung, in

der ja auch der Steuerertrag generiert wird, immer höher. Vor allem aber darf die Schuldenquote – also die Schulden im Vergleich zum BIP – nicht andauernd ansteigen. Denn damit fließt ein immer grösserer Teil der Steuern in den Schuldendienst. Und der Handlungsspielraum für den Staat wird immer enger. Den dritten Punkt, den manche ökonomische Schulen anführen, halte ich

für weniger relevant: Sie befürchten eine Verdrängung der privaten durch die staatliche Nachfrage. Aber hier stört schon die Prämisse: dass ein Franken oder Euro oder Dollar in privater Hand auf jeden Fall grösseren Nutzen stiftet als einer in staatlicher Hand.

27 Kein Interview über die Staatsverschuldung ohne Stichworte wie «Griechenland», «Eurokrise» oder «Rettungsschirm»!

Wahrscheinlich fehlt uns die Zeit für eine wirklich sorgfältige Darstellung dieser Krise und der Art, wie sie «gelöst» wurde – unter anderem durch eine harte Sparkur, unter der Griechenland heute noch ächzt.

In aller Kürze kann man sagen: Die Ursache der Krise liegt nicht so

sehr in einer zu hohen Staatsverschuldung – Länder wie Spanien oder Irland kamen damals ebenfalls aus dem Tritt, obwohl sie EU-konforme, «normale» Schuldenstände hatten. Das Problem lag vielmehr in ökonomischen Ungleichgewichten zwischen den Ländern. Sein Leistungsbilanzdefizit konnte Griechenland, nunmehr Teil

der Eurozone, nicht mehr mit den klassischen Mitteln – Abwertung der eigenen Währung – lösen. Und zugleich standen der Eurozone jene fiskalischen Instrumente nicht zur Verfügung, mit denen man innerstaatliche Unebenheiten traditionell behoben hat: Die Währungsunion ist keine Fiskalunion. Und fiskalische Werkzeuge wie der Rettungsschirm wurde nur unter dem Druck der Krise und unter grossem Widerstand erarbeitet.

Euro-Krise. (unkas_photo/iStockphoto.com)



28 Kann man es so sagen: Das wirtschaftliche Gefälle innerhalb eines Nationalstaates wird üblicherweise durch stetige Zahlungen eingeebnet oder jedenfalls verringert? Zum Beispiel von Nord- nach Süditalien. Oder von West- nach Ostdeutschland. Oder von Zug ins Tessin.

Der europäische Zusammenschluss hat zwar die gemeinsame Währung erzeugt, aber keine gemeinsame Politik. Oder nur Ansätze dazu. Einer davon – wir kommen allmählich auf das Thema des Interviews – war eine Schuldenbremse.

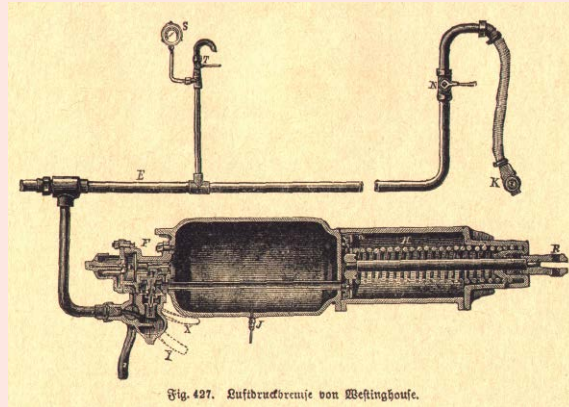
Der europäische Fiskalpakt wurde 2012 im Zuge der Eurokrise beschlossen. Damit wurde – mindestens theoretisch – die Verletzung der Maastricht-Kriterien mit Strafen belegt. Länder, die keine Schuldenbremse nach diesen Regeln einführen, sollten vor dem Europäischen Gerichtshof verklagt werden können.

29 Die Schweiz hat ihre Schuldenbremse schon 2001 in einer Volksabstimmung gutgeheissen. Du kritisierst als erstes die schiere Tatsache.

Ich finde es mindestens erstaunlich, dass ein Parlament bzw. ein Souverän sich eine seiner Kernkompetenzen selbst wegnimmt, die das Volk im 17. und 18. Jahrhundert durch Revolutionen erkämpft hat: die Budgethoheit.

30 Daneben bemängelst du aber vor allem die Ausgestaltung der Schuldenbremse in der Schweiz. Warum?

Der Geburtsfehler ist die Definition eines nominalen Betrages, der zum Zeitpunkt der Einführung fixiert wurde. Wenn die Schulden auf eine fixe Summe eingefroren werden oder um diesen Wert herum konjunkturbedingt leicht schwanken sollen, führen Inflation – auch eine geringe – und ein wachsendes BIP zwangsläufig dazu, dass die Schuldenquote immer geringer wird und gegen null konvergiert. Wenn das BIP jährlich um 3 Prozent wächst, halbiert sich die Schuldenquote innerhalb



Eisenbahnluftdruckbremse. (Hrsg. H. Samter [1901]: *Das Reich der Erfindungen* [Jubiläumsausgabe ed.], Berlin und Leipzig: Verlag von W. Herlet/Wikimedia CC)

von 23 Jahren, bei 2 Prozent Wachstum in 35 Jahren. Das bedeutet nichts anderes als die allmähliche Abkoppelung des Bundes vom Kreditmarkt. Auf eine solche Idee kann nur kommen, wer den Staat mit allen Mitteln kleinhalten will.

31 Es wäre also schlauer gewesen, statt des nominalen Betrags eine prozentuale Quote zu fixieren.

Auf jeden Fall. Zum Beispiel bei realistischen, aber international noch immer wahn-sinnig geringen 25 Prozent des BIP. Was das bedeuten würde, lässt sich einfach herleiten: Treffen wir die Annahme einer Inflation von 1 Prozent und eines bescheidenen Wirtschaftswachstums von 1,5 Prozent: Mit diesen Parametern wäre ein jährliches Budgetdefizit von 0,625 Prozent des BIP zu veranschlagen, damit die Schuldenquote stabil bleibt. Bei mehr Wirtschaftsleistung und höherer Inflation steigt logischerweise der Spielraum für Neuverschuldung, zum Beispiel auf 1 Prozent des BIP bei 2 Prozent Inflation und 2 Prozent Wirtschaftswachstum. Die Schuldenquote bleibt derweil konstant.

32 Kannst du das jetzt bitte wieder in Schweizer Franken umrechnen? 0,625 Prozent des BIP entsprechen rund 5 Milliarden Franken. Jährlich.

33 Die hätten wir mehr? Es flösse dann doch auch mehr Geld in den Schuldendienst!

Das ist richtig. Aber auch dieses Gefüge ist dynamisch. Unter realistischen Annahmen für die Zinsentwicklung fallen 3 Milliarden zusätzlich für den Schuldendienst an. Verbleiben unterm Strich immer noch 2 Milliarden. So viel Geld stünde uns zusätzlich zur Verfügung – und zwar jedes Jahr –, wenn die Schuldenbremse mit etwas mehr ökonomischer Vernunft konstruiert worden wäre: mit einer prozentualen statt einer nominalen Definition der Schulden. Wer die Anschaffung neuer Kampfjets für ein dringliches Gebot der Stunde hält, sollte über diese Frage vielleicht nachdenken. Und auch Karin Keller-Sutter könnte sich viel Ärger ersparen.

34 Die Schweizer Schuldenbremse enthält aber doch ein antizyklisches Element.

Es ist eine konjunkturelle Komponente für eine antizyklische Fiskalpolitik eingebaut. Diese genau definierten Defizite müssen aber bei guter Konjunktur sofort wieder kompensiert werden. Auch gibt es die Möglichkeit, «ausserordentliche» Ausgaben von der Schuldenbremse auszunehmen. Etwa die Pandemie-Extrakosten wurden unter diesem Titel verbucht. Aber auch dafür ist die Tilgung vorgesehen, und zwar innerhalb eines klar definierten Zeitraums.

35 Hat man etwa das Volk bei der Abstimmung 2001 hereingelegt? Oder war ihm klar, wozu es – notabene mit 85 Prozent – Ja sagt.

Es hat sich geirrt. Oder es wurde getäuscht. Wahrscheinlich beides, aber das ist eigentlich egal. Denn ein Vierteljahrhundert danach ist die Zeit längstens reif, zumindest die ärgsten Konstruktionsfehler dieses Mechanismus zu beseitigen. Zum einen muss die Schuldenbremse an einer stabilen Staatsschuldenquote ausgerichtet werden und nicht an einem Nominalbetrag, der dazu führt, dass sich der Bund vom Kreditmarkt verabschiedet. Und



Kampffjet F-35. (U.S. Air Force, Master Sgt. Donald R. Allen/Wikimedia CC)



Klimakatastrophe. (Chaikrit Sutthi/iStock)

zum anderen muss ein Teil der Ausgaben des Bundes von dieser Schuldenbremse ausgenommen sein. Und zwar nicht nur vorübergehende, sondern auch dauerhafte Vorhaben.

36 Wovon sprichst du?

Von Investitionen in eine bessere Zukunft. Von Ausgaben, die eine positive soziale Rendite erwarten lassen. Natürlich gehören die Bildungsausgaben dazu. Aber beispielsweise auch alle Vorkehrungen zur Begrenzung des Klimawandels. Das passt auch zum Stichwort «Gene-

rationengerechtigkeit»: Das «Erbe» der Künftigen besteht dann erstens aus den Krediten. Zweitens aus einer Wirtschaft, welche die Steuern generiert, mit denen die Schulden bedient werden können. Und vor allem – drittens – aus einer einigermaßen intakten Welt. Jedenfalls einer besseren als die, die wir hinterlassen, wenn wir die aktuellen Herausforderungen scheuen und kleinreden. Auf einem verwüsteten Planeten lebt sich's gar nicht angenehm – weder mit noch ohne Schulden.

Antonia W. Fleischmann Die Kratzbürste im System

Kurz vor dem Durchbruch

Jetzt wird es wieder so früh dunkel, dass es sich gar nicht lohnt, die Augen zu öffnen. Lieber bleibe ich liegen und denke an meine verpassten Träume. Zum Beispiel als ich mit einem Typen namens Schlotterbeck zusammen ein Drehbuch für das SRF schreiben sollte. Ich hatte ihn auf der Strasse angetroffen. Wir hatten früher bei einer Gewerkschaftszeitung gearbeitet, die für ihren stümperhaften Journalismus berühmt war. Schlotterbeck war beim Sport gewesen, ich bei den Todesanzeigen. Er sah noch immer gleich aus: schlechte Zähne, gelbe Fingernägel und struppiges, ungewaschenes Haar. Alles in allem ein eher unerfreulicher Anblick. Das Drehbuch hatte er laut eigener Angabe bereits fixfertig im Kopf. Es sollte davon handeln, dass Wilhelm Tell aus irgendwelchen geheimnisvollen Gründen aus dem Jahr 1291 in unsere Gegenwart katapultiert wird. Er schlendert durch die Strassen von Zürich oder Bern und kann nicht glauben, was er sieht. «Überall Korruption, Vetternwirtschaft, Egoismus. Die ganze neoliberale Scheisse», erklärte Schlotterbeck. «Der Film endet damit, dass Tell die Armbrust nimmt und zielt – auf sich selbst.» – «Wieso?», wollte ich wissen. «Wieso wohl? Weil er nicht in so einer Zeit leben will.» – «Aber er lebt ja gar nicht in so einer Zeit.» – «Umso besser für ihn.» Ich verspürte kein grosses Interesse, aber da man mir nicht einmal mehr die Todesanzeigen zum Bearbeiten gab, sagte ich zu.

Wir verabredeten uns für den Abend in der Friends Bar, wo wir an unserem Drehbuch arbeiten wollten. Als ich hereinkam, sass Schlotterbeck schon vor einem kleinen Bier und hatte sein Notizbuch aufgeschlagen, in das er die Namen von Leuten beim SRF hineinschreiben wollte, denen wir unser Drehbuch zeigen konnten. Ein paar Namen standen schon da. Ich konnte «Beni Thurnheer» entziffern und erinnerte mich, dass Schlotterbeck ja beim Sport gewesen war. In den nächsten zwei Stunden ergänzten



Antonia W. Fleischmann ist eine Figur des Schriftstellers Lukas Linder. Er lebt in Polen und in der Schweiz.

wir die Liste um weitere Namen, die uns in den Sinn kamen. Auch am nächsten und am übernächsten Abend taten wir nichts anderes. Die Liste wurde immer länger. Schlotterbeck war sehr zufrieden. «Das wird ein Hit. Ich spürs. Das wird unser Durchbruch.» Ich war da anderer Ansicht. Und nach ein paar Tagen hatte ich es satt und blieb zuhause.

Von Schlotterbeck habe ich danach nichts mehr gehört. Ob er den Film am Ende realisiert hat? Ich weiss es nicht. Ich schaue kein fern, und wenn ich doch einmal das Bedürfnis nach höherer Bildung verspüre, wird gerade ein Skirennen übertragen. Im Grunde ist mir die

SRG vollkommen egal. Doch hat es sich ergeben, dass sie dieser Tage unter Druck steht von Leuten, die sie am liebsten abschaffen möchten. Gut möglich, dass es Leute wie mein alter Bekannter Schlotterbeck sind: kleine Menschen mit viel Wut im Bauch, die sich endlich rächen wollen – wofür auch immer. Früher hat ihr Tell die Armbrust noch stilvoll gegen sich selbst gerichtet. Heute zielen sie auf das eigene Volk, wie das sowieso gerade auf der ganzen Welt in Mode ist. Wenn ich in diesen langen Wintertagen die Augen so lange schliesse, bis es schon wieder Abend geworden ist, denke ich an die Liste, die wir damals in den Nächten in der Friends Bar erstellt haben. An all die Namen. Manche davon sind längst tot. Andere moderieren immer noch. Wieder andere hat es nie gegeben. Und dann sage ich mir, dass dies der eigentliche Gedanke ist, worüber wir abstimmen. Ich rede nicht von Beni Thurnheer. Ich rede von der Idee einer Liste, auf der alle Platz finden, die Lebenden und die Toten und sogar jene, die es gar nie gegeben hat. Jeder kann theoretisch auf dieser Liste stehen und mit jedem können wir theoretisch in Verbindung treten und ihm unsere Ideen, mögen sie noch so idiotisch sein, unterbreiten. Eine idiotische Gesellschaft ist immer noch besser als eine ungerechte. Bis zum nächsten Mal.

Ihre Toni Fleischmann.

«Lydia»: Stefan Jung hat einen Dokumentarfilm über das traurige Ende von Lydia Welti-Escher (1858–1891) gemacht

Neues aus der Anstalt

«Nichts erinnert an Lydia Welti-Escher.» Das Resümee am Ende trifft gottlob nicht ganz zu: Der Dokumentarfilm von Stefan Jung ist ein stilles, schönes Frauenporträt und eine Einladung, den Widersprüchlichkeiten der Kategorien «Klasse» und «Geschlecht» neuerlich nachzugehen. | Text: Christoph Schlatter (Filmstill: Anderdog)

Wir müssten uns vor Augen führen, welche zentrale Rolle die uns so fernliegende Kategorie der «Ehre» im 19. Jahrhundert noch einnahm: Die Historikerin Caroline Arni, eine von drei Kommentatorinnen in Stefan Jungs Dokumentarfilm, benennt die unsichtbaren Zäune und Schranken, die Menschen in ihrer Entfaltung behindern. Selbst reiche Menschen wie Lydia Welti-Escher, die als Tochter des Bankenkönigs und



Eisenbahnbarons Alfred Escher eigentlich mit dem goldenen Löffel im Mund ins Leben startete. Dieses endete im Suizid durch Gas. Lydia Welti-Escher wurde 33 Jahre alt.

Der eigentliche Skandal

Der «Skandal» ist bekannt: Lydia Welti-Escher bricht 1889 in Italien aus ihrer Ehe aus, um mit dem Kunstmaler Karl Stauffer ein neues Leben zu beginnen. Nein, der eigentliche Skandal liegt woanders: Darin, dass der Schwiegervater, Bundesrat Emil Welti, Macht und Beziehungen missbrauchte, um des Sohnes ramponierte Ehre wiederherzustellen. Die Intervention hatte zur Folge, dass Karl Stauffer verhaftet und Lydia Welti-Escher in eine Römer Irrenanstalt gesperrt wurde. Die Protokolle der dortigen Befragungen bilden, gesprochen von der Schauspielerin Judith Hofmann, das Zentrum von Jungs Film.

Das ist klug: Wer, wenn nicht das Subjekt selbst, vermag Zeugnis abzulegen über Beweggründe, Realitäten und Träume. Vor uns erscheint eine Frau – und eine reiche Angehörige des Grossbürgertums. Beides schlägt

sich nieder in der Art, wie man sie behandelt. Wer weiss, ob eine Arme so rasch wieder aus der Psychiatrie entlassen worden wäre? Ach was, sie hätte gar nicht Zeit und Geld gehabt für derlei Eskapaden. Immerhin: Die Römer Ärzte sehen keinerlei Anzeichen für Geisteskrankheit bei dieser Frau, die ihre Gedanken und Gefühle so klar zu artikulieren vermag. Lydia Welti-Escher ihrerseits erkennt, dass sich ihre Vorstellungen von einem guten Leben nicht werden realisieren lassen. Auch nicht mit dem immer noch beträchtlichen halben Vermögen, das ihr nach der Scheidung von Welti verbleibt.

Es gibt in Stefan Jungs Film mehrere Ebenen: Die sprachliche besteht aus dem Originaltext der Psychiatrieakten und aus dem, was die drei heutigen Kommentatorinnen (neben Arni der Welti-Biograf Joseph Jung und die Psychiaterin Bigna Rambert) beisteuern. Im Bild sehen wir eine von Anja Andersen verkörperte Lydia Welti-Escher ruhelos durch leere Räume streifen, eine Inkarnation seelischer Einsamkeit. Dazwischen immer wieder Einblicke in verlassene Gärten und zerfallende Innenräume – zum grossen

Teil, wie wir ahnen und im Abspann bestätigt finden, ehemalige «Irrenhäuser» in Italien.

Nach der erzwungenen Trennung vom Geliebten gründet Lydia Welti-Escher bei der Schweizerischen Eidgenossenschaft eine Stiftung, in welche sie den ganzen verbliebenen Besitz einbringt. Dass diese ihren eigenen Namen trage, vermag sie nicht durchzusetzen – ein Beispiel für die Tilgung weiblichen Wirkens aus

der Geschichte. Ein Beispiel für (männliche) Misswirtschaft ist die Führung der Stiftung in den ersten Jahrzehnten. Diesem Schlenkerdrian ist es geschuldet, dass die heutige Gottfried-Keller-Stiftung finanziell schmalbrüstig dasteht, trotz des enormen Werts etwa der Liegenschaften, die darin enthalten waren. Damit man den Auftrag – den Ankauf von Werken bildender Kunst – erfüllen kann, braucht man Zuschüsse.

Schicksalskategorien

Was Stefan Jung vorlegt, ist ein stiller, gerade darum berührender Film über eine menschliche Tragödie. Er richtet den Blick auf eine Frau der Belle Époque, der aller Reichtum, alle Bildung, alle Intelligenz und Eloquenz nicht zum Lebensglück verhelfen. Und er regt die Überlegung an, welchen Anteil die Kategorien «Klasse» und «Geschlecht» an diesem Schicksal haben. Und an heutigen unglücklichen Biografien.

Lydia. Aufzeichnungen aus dem Irrenhaus. Ein Film von Stefan Jung. Mit Anja Andersen (Lydia), Judith Hofmann (Stimme Lydias). CH 2025. 68 Minuten. Jetzt im Kino.



Landstuhl, Rheinland-Pfalz: Tödliche Attacke auf einen Zugbegleiter.

Tod eines Zugbegleiters

Unter dem Titel «Wir trauern um Serkan» gedenkt die deutsche Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft EVG eines Kollegen, der in seinem Beruf als Zugbegleiter von einem Fahrgast attackiert und so brutal auf den

Kopf geschlagen wurde, dass er an Hirnblutungen starb. «Unser Kollege Serkan ist von einem «Kunden» zu Tode geprügelt worden. Wir fordern endlich mehr Sicherheit in Zügen, Bussen und Verkehrsstationen», schreibt die Gewerkschaft. Die Tat geschah in einem Regionalzug bei Landstuhl in Rheinland-Pfalz, als der Zugbegleiter den ticketlosen Passagier zum Verlassen des Zuges aufforderte. Das Opfer war ein 36-jähriger alleinerziehender Familienvater, der seit 15 Jahren bei der Deutschen Bahn arbeitete. Gewalt gegen Repräsentantinnen und Repräsentanten des Staates oder staatlicher Betriebe betrifft nicht nur eine Branche und nicht nur Deutschland (siehe auch Seite 4). Eine derartige Eskalation allerdings ist neu, jedenfalls für Phänomene jenseits der Silvesternacht. Als Folge ist die Diskus-

sion über die Sicherheit im öffentlichen Dienst neu entflammt. Neben technischen Massnahmen wie zusätzlichen Bodycams, Notfallknöpfen oder Zutrittsschranken am Bahnsteig wie in Frankreich werden vor allem auch personelle Massnahmen diskutiert, etwa die Mitfahrt der Bahnpolizei oder die konsequente Entsendung von Zweier-teams auf die Mission Ticketkontrolle. | slt
(Foto: Lsjm/Wikimedia CC)

Venezuela-Intervention verurteilt

Der SGB unterstützt den Europäischen sowie den Internationalen und den Lateinamerikanischen Gewerkschaftsbund in ihrer Haltung zur US-Intervention in Venezuela. Aus Sicht der Gewerkschaften ist es niemals hinnehmbar, dass die Arbeitnehmenden und die Bevölkerung

Wirtschaftslektion Kapitalbezug als Symptom

Die Arbeitnehmenden nehmen heute viel mehr Kapital aus ihren Pensionskassen, wenn sie in Rente gehen. Letztes Jahr wurden 17 Milliarden Franken als Kapital bezogen. Das ist fast doppelt so viel wie 5 Jahre früher. Warum nehmen heute mehr Leute mehr Kapital aus der Pensionskasse? Ist es ein Zeichen dafür, dass das Vertrauen in die Pensionskassen geschwunden ist?

Ein Teil dieser Kapitalbezüge ist Steueroptimierung – vor allem von Leuten mit hohen Löhnen und Vermögen. Diese Steueroptimierung muss durch höhere Steuertarife beim Kapitalbezug ausgebremst werden. Steueroptimierung erklärt aber nur einen Teil der Entwicklung. Eine andere Ursache sind die sinkenden Leistungsversprechen der Pensionskassen. Sie haben die Umwandlungssätze gesenkt und die Altersguthaben – vor allem in den Jahren mit Negativzinsen – tiefer verzinst. «Berater» aus Banken oder Vermögensverwaltung haben das ausgenutzt, um private Vorsorgelösungen zu verkaufen. Sie haben den Arbeitnehmenden mit Schönwetter-Berechnungen vorgegaukelt, dass sie mehr Geld haben, wenn sie das Kapital selber anlegen.

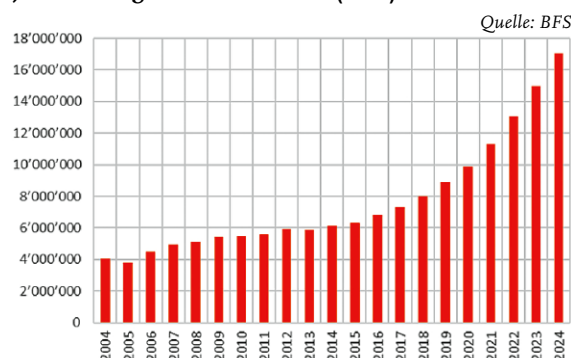
Doch viele der Kapitalbezügerinnen und Kapitalbezüger werden ihren Entscheid früher oder später bereuen. Vor allem wenn sie sehr alt werden. Der riesige Vorteil der Pensionskasse ist, dass sie allen eine Rente zahlt, auch wenn jemand viel länger lebt als der Durchschnitt. Zudem ist es als Individuum sehr schwierig, die Anlageperformance einer gut geführten Pensionskasse zu schlagen.

Das Vertrauen in die Pensionskassen ist gesunken. Die Kassen können zwar nichts für die tieferen Zinsen. Aber sie haben teilweise zu vorsichtig agiert und zu viele Reserven gebildet. Manche Pensionskassen waren sogar froh, dass ihre Pensionierten das Kapital nahmen, weil sie damit weniger Risiko auf der Bilanz haben. Das hat sich zum Glück zu ändern begonnen. Die Vorsorgeguthaben werden wieder höher verzinst, und auch Renten werden punktuell erhöht. Generelle Rentenerhöhungen sind aber nach wie vor die Ausnahme. Und nach wie vor gibt es schwarze Schafe: Pensionskassen, die teuer sind und ungenügende Leistungen bieten. Die Aufsicht schaut zu wenig gut hin. Der Marktanteil der Versicherungen, die mit der zweiten Säule Geld verdienen, steigt. Viele Pensionskassen sind über die steigenden Kapitalbezüge erschrocken. Sie haben Massnahmen ergriffen – auch mit Leistungsverbesserungen. Doch es braucht mehr. Die Versicherten benötigen unabhängige Beratung dazu, ob sie besser Rente oder Kapital be-

ziehen. Die Pensionskassen könnten ihnen zusammen mit den Sozialpartnern ein Informationsangebot machen. Auch die Aufsicht muss durchgreifen, damit unfaire kommerzielle Anbieter kein Geld aus der zweiten Säule abzweigen können. Denn die ist eine Sozialversicherung. Für Firmen, die keine eigene Kasse führen können, braucht es ein Non-Profit-Angebot mit einem sehr guten Preis-Leistungs-Verhältnis – wie es die Sozialpartner in einigen Branchen bereits anbieten.

| Daniel Lampart, SGB-Chefökonom

Kapitalleistung bei Pensionierung:
Jahresbetrag in 1000 Franken (total)



den Preis für geopolitische Konflikte zahlen. Die Zukunft ihres Landes müsse von den Venezolanerinnen und Venezolanern selbst durch demokratische und friedliche Mittel entschieden werden, ohne ausländische Einmischung und mit unabhängigen Gewerkschaften, die ohne Repression tätig sein können. Der Coup der USA stelle eine schwere Verletzung des Völkerrechts, der UN-Charta und des Rechts der Völker auf Selbstbestimmung dar und führe letztlich zu einer Verschärfung sozialer Ungerechtigkeit. Der SGB ruft alle Parteien dazu auf, zur Diplomatie und zum Dialog zurückzukehren: «Die Schweiz als neutrales Land ist auf ein starkes Völkerrecht angewiesen und muss gegen alle Völkerrechtsverletzungen Partei ergreifen – umso mehr als diesjähriges Vorsitzland der OSZE.» | [vpod/sgb](#)

Repression im Iran angeprangert

Auch die Niederschlagung der Massenproteste durch das Regime im Iran wird vom SGB aufs Schärfste verurteilt. Die Aufstände seien eine legitime Reaktion der Bevölkerung auf das vollkommene wirtschaftspolitische Versagen der Herrscherkaste: Der explosionsartige Preisanstieg führt Millionen in die Armut. Anstatt einen sozialen Dialog aufzunehmen, hat das Mullah-Regime zehntausendfach gemordet. Schon vor diesem Massaker wurden die Rechte der Arbeitnehmenden mit Füßen getreten: Gewerkschaftliche Proteste und Streiks wurden systematisch als «Bedrohung der nationalen Sicherheit» eingestuft; mit dieser Argumentation lassen sich gewerkschaftliche Aktivitäten kriminalisieren, die Meinungs- und Versammlungsfreiheit unterdrücken und



Teheran, Iran: Wirtschaftspolitisches Versagen der Herrscherkaste.

exzessive Überwachung rechtfertigen. Seit Langem sind Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter Repressalien ausgesetzt, darunter lange Haftstrafen, Folter und im Extremfall die Hinrichtung. | [vpod/sgb](#) (Foto: [Diego Delso/Wikimedia CC](#))

Wer war's? Die Ermittlerin

Der deutsche Fernsehkrimi war traditionell eine männliche Angelegenheit. Etwa wenn ab 1969 Erik Ode als Herbert Keller ermittelte, «ein väterlicher Beamter mit klarem Wertekompass» (Wikipedia) – «stets korrekt gekleidet» und in Schwarz-Weiss. Serienformate wie «Derrick» und «Der Alte» kamen in Farbe, waren ansonsten aber kaum diverser. Das ist weniger den Autoren anzulasten als der Realität, die sie abzubilden trachteten. Auch die stark ausgeprägten Hierarchien fanden sich nicht bloss im Fernsehen. Da konnte sich der von Fritz Wepper gespielte Derrick-Assistent Harry Klein noch so abstrampeln – Aussicht auf Beförderung oder auf eine Rolex, wie sein Chef sie trug, hatte er nicht.

Der legendäre Satz «Harry, fahr schon mal den Wagen vor» ist übrigens in 281 Folgen kein einziges Mal gefallen. In der letzten Episode, in der Oberinspektor Derrick zu Europol befördert wird, gratulieren witzigerweise die Kollegen von «Der Alte», einem anderen Krimi-Dauerbrenner, bei dem allerdings die Hauptdarsteller wechselten. Diese Serie beschäftigte zwar relativ früh einen Afrodeutschen (Charles M. Huber) als Ermittler, aber Frauen in gehobenen Chargen waren auch hier rar. Die erste war die Rechtsmedizinerin Franziska Sommerfeld, die jenen Polizeiarzt ablöste, der 2013 in Rente ging – nach 30 Dienstjahren noch immer namenlos.

Im «Tatort», dem Sonntagabend-Lagerfeuer der deutschsprachigen Nationen, ermittelte 1978 mit Kommissarin Marianne Buchmüller alias Nicole Heesters erstmals eine Frau. Schneller war die DDR: In ihrem «Tatort»-Pendant «Polizeiruf 110» tauchen mit Leutnant Helga Lindt und Leutnant Vera Arndt schon 1971 erste Kommissarinnen auf – letztere, unpräzise dargestellt von Sigrig Göhler, war in 48 Folgen im Einsatz. In den Schmunzelkrimis, die gegen Ende des Jahrhunderts immer beliebter wurden und zu

denen auch das Schweizer Fernsehen («Der Bestatter», «Tschugger») beitrug, standen Frauen dann häufiger in der ersten Reihe: Evelyn Hamann übersteuerte in «Adelheid und ihre Mörder» als clevere «Tippse» den bräsigen Hamburger Chef, und Caroline Peters leitete einen schrullig-bizarren Polizeiposten im fiktiven Eifel-Kaff Hengasch.

Zurück zum «Tatort», an den die Schweiz derzeit ein rein weibliches Team entsendet. Seit 2020 haben Grandjean und Ott bereits zehn Zürcher Mordfälle aufgeklärt. Das ist aber kein Vergleich mit der dienstältesten Kommissarin, deren Rollennamen wir heute erfragen. Ihren Einstand gab Frau X. anno 1989, elf Tage vor dem Mauerfall. Bis heute hat sie 82 Fälle gelöst, teilweise mit Assistenz. Wie heisst sie? Wer's errät, hat die Chance auf einen Büchergutschein (100, 50, 20 Franken). Der Weg dazu führt über die Einsendung des Lösungsnamens bis 12. März an [VPOD Zentralsekretariat, Wer war's?, Birmensdorferstrasse 67, Postfach, 8036 Zürich](#). Teilnahme ist auch per Mail möglich: [redaktion@vpod-ssp.ch](#). | [slt](#)

Es war Hazel Brugger

Tatsächlich ist die mittlerweile über die Schweiz hinaus berühmte Comedienne Hazel Brugger auch eine Kalifornierin: Sie wurde 1993 in San Diego geboren. Dielsdorf ist der Schauplatz ihrer Kindheit, Bülach die Stätte, an der sie die Matura ablegte. Heute füllt Hazel Brugger, die mittlerweile in Deutschland wohnt, Hallen und Stadien. Das wiederum führt den für ihr und benachbarte lustige Genres diskutierten Überbegriff «Kleinkunst» ad absurdum. Die wie stets unbestechliche Glücksfee fokussierte auf die Karten von Franziska De Maddalena (Aarau), Matthias Senn (Zürich) und Heinz Wulf (Wohlen bei Bern). | [slt](#)

VPOD-Landesvorstand vom 11. Dezember 2025

Der VPOD-Landesvorstand hat online getagt und hat

- von der Mitgliederentwicklung des VPOD Kenntnis genommen, die im Jahr 2025 erstmals seit Jahren positiv ausfällt (wobei ein starker Sondereffekt durch den Streik in der Waadt verursacht ist).
- mündliche Berichte über die zahlreichen Mobilisierungen gegen Sparprogramme beim Bund und in den Kantonen gehört.
- positiv zur Kenntnis genommen, dass Solidar Suisse eine Annäherung an Oxfam International anstrebt. Solidar, das aus dem 1936 gegründeten Arbeiterhilfswerk hervorgegangen ist und zu dessen Trägerorganisationen der VPOD gehört, ist durch den global zu beobachtenden Rückgang der Gelder für Internationale Zusammenarbeit finanziell unter Druck.
- die Schwerpunkt- und Kampagnenplanung für das kommende Jahr diskutiert und vom abschliessenden Quartalsbericht über die Personal- und Organisationsentwicklungsstrategie 2024/25 Kenntnis genommen. Für die anstehende Revision zweier bedeutender Reglemente – des Streikreglements sowie des Funktions- und Lohnreglements – steht die Bildung von möglichst repräsentativen Steuergruppen an.
- eine geringfügige Revision des Anstellungsreglements in zustimmendem Sinn an die Delegiertenversammlung des Verbandes weitergeleitet. Die Änderung umfasst eine leichte Anhebung der absoluten Mindestlöhne im Verband sowie eine klarere Formulierung der Bestimmung über die Familienzulagen.
- einen Rekurs von N.N. gegen die Ablehnung seines Beitrittsgesuchs durch die Region Neuenburg abgewiesen.
- ein Rückkommen auf die Regelung der Streikentschädigung für den Streiktag vom 1. Oktober in der Region Freiburg abgelehnt. Die Region hatte eine nachträgliche weitere Erhöhung der Entschädigung beantragt.

Christian Dandrès, Präsident
Fabio Höhener, stv. Generalsekretär

VPOD-Landesvorstand vom 28. Januar 2026

Der VPOD-Landesvorstand hat online getagt und hat

- beschlossen, auf Samstag, 9. Mai, eine Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz des VPOD anzusetzen.
- einen Bericht aus der VPOD-Gesundheitskommission gehört und die Zuständigen ermuntert, die Mobilisierung gegen eine schlechte Umsetzung der Pflege-Initiative im gewerkschaftlichen Bündnis voranzutreiben.
- bestätigt, dass wesentliche VPOD-Anliegen im indirekten Gegenvorschlag des Parlaments zur Kita-Initiative nicht enthalten sind.
- der Region Freiburg einen Beitrag an die Abstimmungskampagne gegen den Sparplan des Staatsrates zugesichert.
- eine inhaltlich mit den Stellungnahmen der Dachverbände SGB und PSI übereinstimmende Resolution der Region Neuenburg bekräftigt. Darin wird der Angriff der USA auf Venezuela verurteilt und die Einhaltung des Völkerrechts angemahnt.
- das Zentralsekretariat beauftragt, den Delegiertenschlüssel für die feministische Verbandskonferenz des VPOD (30./31. Oktober) anzupassen und diesen Vorschlag der DV zu unterbreiten. Damit soll erreicht werden, dass die Veranstaltung finanziell und logistisch in einem bewältigbaren Rahmen verbleibt.
- sich über die anstehende gewerkschaftliche Kampagne gegen die 10-Millionen-Initiative der SVP und über das weitere Vorgehen gegen das «Entlastungspaket» des Bundes ausgetauscht.

Christian Dandrès, Präsident
Fabio Höhener, stv. Generalsekretär

Nachruf

Alex Pretti †

Die VPOD-Schwes- tergewerkschaft *American Federation of Government Employees* AFGE und die ganze Gewerkschaftsbewegung trauern um den Kollegen Alex Pretti aus Minnesota, der, 37-jährig, Opfer von Polizeigewalt wurde. Beim Versuch, einer drangsalierten Frau zu Hilfe zu eilen, wurde der Wehrlose von



maskierten Beamten der Einwanderungsbehörde ICE mit mindestens zehn Schüssen aus nächster Nähe getötet. Pretti war als Intensivpfleger an einem Kriegsveteranenspital tätig; sein Strafregisterauszug war bis auf einige Parkbussen leer. Prettis Tod komme nicht aus dem Nichts, sagte AFGE-Präsident Everett Kelley, er sei vielmehr «das direkte Ergebnis einer Regierung, die sich für eine rücksichtslose Politik, hetzerische Rhetorik und künstlich herbeigeführte Krisen entschieden hat, anstatt verantwortungsbewusst zu führen und Deeskalation zu betreiben».

| vpod (Foto: US-Department of Veteran Affairs)

Rote Köpfe

Wer mit Argusaugen die Rubrik «Wirtschaftslektion» verfolgt (und womöglich in Sammelordnern ablegt), hat es eventuell bemerkt: aus dem Verfasser «**Daniel Kopp**, ETH Zürich» ist «Daniel Kopp, SGB-Zentralsekretär» geworden.



Der Werdegang ist nicht ganz untypisch. Glückwunsch! Selbstverständlich und zur Freude von Redaktion und Leserschaft verbleibt der Ökonom, der immer wieder frische und unerwartete Sichtweisen auf vermeintlich bekannte Phänomene findet, im Autorenteam des *VPOD-Magazins*.

Ebenfalls beste Wünsche – aber zur Pensionierung – gehen an **Patrick Vogt** vom VPOD-Zentralsekretariat Lausanne. Über 30 Jahre lang stand der Kollege als (mündlicher) Dolmetscher und (schriftlicher) Übersetzer dem VPOD zur Verfügung. Ungezählt sind die Veranstaltungen, die live oder als Protokoll durch seine Gehör- und Gehirngänge geflossen sind. Mag sein, dass die KI einen Teil – nur einen Teil! – seiner Aufgaben künftig übernehmen kann. Aber hinsichtlich der Gewissenhaftigkeit und der interkulturellen und semantischen Sensibilität wird sie dem scheidenden Kollegen wohl nicht so bald das Wasser reichen können. | slt (Fotos: zVg)



Dank dem VPOD erhielt die gekündigte Psychiatriepflegefachfrau immerhin drei Monatslöhne

Gewissen unerwünscht

In ihrem Dilemma wandte sich F. an die Ethikstelle der psychiatrischen Klinik, denn auf ihr Unbehagen hatte sie abteilungsintern keine Reaktion erhalten. Das wurde übel quittiert: mit Freistellung und schliesslich mit Kündigung. Wünscht man sich von den Pflegenden blinden Gehorsam? | Text: Sabine Braunschweig (Foto: dominikmichalek/iStock)



Die Psychiatriepflege gleicht oft einer Gratwanderung.

Die Pflegearbeit in der Psychiatrie ist anspruchsvoll. Häufig bewegen sich die Fachleute auf einem schmalen Grat. Immer wieder drohen sie in ein Dilemma zu geraten. Beispielsweise wenn sie ein Medikament verabreichen oder eine Behandlung unterstützen sollen, von denen sie nicht überzeugt sind. Es gibt umstrittene Therapien, die eingesetzt werden, wenn alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft sind. Wissenschaftliche Studien urteilen über manche Behandlungsmethoden unterschiedlich: Die einen stellen infrage, ob kurzfristige Vorteile die möglichen Langzeitschäden rechtfertigen, andere urteilen positiver. Zu allen Therapien müssen Patientinnen und Patienten offen aufgeklärt werden, damit sie ihre Einwilligung geben können.

Rüge statt Lösungssuche

Wie soll eine Pflegefachperson handeln, wenn sie gewahr wird, dass der betroffene Patient die Therapie nicht will, obwohl der Behandlungstermin bereits angesetzt ist? Kollegin F. meldete der Abteilungsärztin,

dass der Patient seine Meinung gegenüber der geplanten Massnahme geändert hatte, erhielt aber keine Antwort. War sie nicht dem Patienten, seinen Interessen und seinem Wohlergehen verpflichtet? Gleichzeitig hatte sie ärztliche Weisungen umzusetzen. In diesem Gewissensdilemma gelangte F. an die interne Ethikstelle. Diese fragte bei der Ärztin nach, löste dort aber nur Ärger aus – und eine Rüge: F.s Verhalten sei grobfahrlässig und könne nicht geduldet werden, sagte die Ärztin. Eine Pflegenden dürfe sich nicht gegen die Meinung des ärztlichen Personals stellen.

Nun wandte sich F. an den VPOD. Die VPOD-Sekretärin ersuchte um ein Gespräch mit der Ärztin, das aber nicht zustande kam. Wenigstens erhielt F. das rechtliche Gehör. Dennoch wurde sie sofort freigestellt.

In unserer Serie «Hier half der VPOD» stellen wir exemplarisch interessante Konfliktfälle vor. Zur Darstellung von juristischen Verfahren – die Rechtshilfeabteilung des VPOD hat schon vielen Mitgliedern zu ihrem Recht verholfen und gibt dafür jährlich über eine halbe Million Franken aus – gesellen sich Berichte über Fälle, bei denen eine sonstige Intervention des VPOD Erfolg brachte.

Einen Monat später wurde ihr die Kündigungsverfügung zugestellt – Begründung: Sie habe den Dienstweg nicht eingehalten. Zudem machte man ihr plötzlich weitere Vorwürfe zu ihrer Arbeit und stellte ihre Loyalität in Frage. Ein Jahr zuvor war sie im Mitarbeitendengespräch noch als erfahrene Fachkraft mit einwandfreier Arbeitsleistung gerühmt worden. Jetzt hiess es, sie habe ihre Kompetenzen überschritten und eigenmächtig gehandelt. F. sieht es anders: Sie hatte lediglich die inneren Widerstände des Patienten gegenüber der verordneten Therapie ernstgenommen und im Dilemma nach einer Lösung gesucht.

Loyales Verhalten

Der VPOD meldete Rekurs gegen die Kündigungsverfügung an. F. habe den Dienstweg sehr wohl eingehalten, sie habe die interne Ethikstelle konsultiert, sich loyal gegenüber dem Arbeitgeber verhalten und den Fall nicht aus der Klinik hinausgetragen. Die Kündigung sei daher unverhältnismässig. Vor dem Verwaltungsrat, vor dem sie vorsprechen durfte, verlangte die VPOD-Sekretärin zwar keine Weiterbeschäftigung von F., aber deren vollkommene Rehabilitation, ein qualifiziertes und berufsförderndes Arbeitszeugnis sowie eine finanzielle

Entschädigung für die berufliche Neuorientierung. Es handle sich um eine unrechtmässige Kündigung des Arbeitsverhältnisses; deren Folgen seien – so stehe es auch im GAV – wenigstens abzumildern. Nach Abwägen aller Punkte entschied der Verwaltungsrat, F. drei Monatslöhne zuzusprechen.

Die in Bangladesch wichtige Lederbranche macht sich auf den langen Weg zu sauberer Produktion

Da wird ein Schuh draus

Fast eine Million Leute arbeiten in Bangladeschs Lederindustrie; viele noch immer unter miesen Bedingungen. Aber eine neue Plattform bringt jene zusammen, die sich für umweltverträgliche Verfahren und menschenwürdige Zustände einsetzen. | Text: Indira Gartenberg (Foto: Solidar)

Lederproduktion in Bangladesch – das heisst traditionell: gefährliche Chemikalien, niedrige Löhne und ungehemmte Umweltverschmutzung. Zivilgesellschaftliche Organisationen kritisieren die Verletzung der Arbeitsrechte, besonders in den Gerbereien: «Die Arbeiterinnen und Arbeiter leiden häufig unter Haut- und Lungenerkrankungen, Kopfschmerzen, Durchfall und Müdigkeit, weil sie ohne Schutz mit gefährlichen Chemikalien hantieren müssen», berichtet die NGO *Asia Foundation*. Die meisten Gerbereien hielten sich nicht an nationale oder internationale Standards für die Lagerung, den Transport und die Verwendung gefährlicher Stoffe. Auch umliegende Gemeinden sind von der Umweltverschmutzung durch Gerbereien stark betroffen.

Zur Hälfte Schuhe

Als Produzentinnen des zweitwichtigsten Exportartikels von Bangladesch beschäftigten Gerbereien, Schuh- und Lederwarenfabriken direkt und indirekt fast eine Million Arbeiterinnen und Arbeiter. Derzeit exportiert Bangladesch seine Lederprodukte in 53 Länder, darunter auch die Schweiz. Eine Hauptabnehmerin ist die EU. Schuhe machen vom Lederexport mehr als die Hälfte aus, und die Nachfrage steigt. 2019 definierte die Regierung die aufstrebende Lederindustrie als Schwerpunktbranche und setzte eine hochrangige Arbeitsgruppe ein, um die Einhaltung der Vorschriften zu verbessern, die Rechte der

Beschäftigten zu schützen und internationale Zertifikate zu erlangen.

Doch die Herausforderungen sind gross, und globale Ereignisse wie die Covid-Pandemie, der Ukrainekrieg oder die gegenwärtige Zollpolitik der USA haben die Probleme noch verschärft: die Jobunsicherheit etwa oder die unregelmässige Bezahlung. Ausserdem führt die Einschränkung der Zivilgesellschaft durch die Regierung Bangladeschs dazu, dass der Raum immer enger wird für Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen, die Verbesserungen durchsetzen und Rechte einfordern.

Bessere Standards

Um die verschiedenen Akteurinnen für eine sozial- und umweltverträglichere Lederindustrie trotz aller Widerstände zusammenzubringen, hat die Solidar-Partnerorganisation *Bangladesh Occupational Health, Safety and Environment Foundation* (OSHE) das *Leather Development Forum* mit aufgebaut. Die Plattform bringt Player der

Zivilgesellschaft, Arbeitgeber, Regierung, Gewerkschaften und die Wissenschaft auf nationaler und globaler Ebene zusammen. Ausserdem ermöglicht sie den Austausch von Fachwissen unter Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen. So können gemeinsam Ideen für dauerhafte Verbesserungen bei Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz, in der Genderfrage und bei internationalen Arbeitsrechts- und Umweltstandards entwickelt werden. Mit Erfolg: Die Regierung berücksichtigte eine Studie des Forums als Referenz für die Anhebung des Mindestlohns in den Gerbereien. Auch ein Vorschlag für die Verankerung eines Mutterschaftsurlaubs im Arbeitsrecht wurde entwickelt, und die Abwasserreinigung wird verbessert.

Druck von zwei Seiten

«Das *Leather Development Forum* unterstützt Arbeitgeber auch dabei, die Vorschriften zur Sorgfaltspflicht für Menschenrechte und Umwelt zu erfüllen, um für globale Standards wie das neue

EU-Lieferkettengesetz gerüstet zu sein», sagt OSHE-Geschäftsleiter Alam Hossain. So können internationale Instrumente die Arbeiterinnen und Arbeiter dabei unterstützen, ihre Rechte einzufordern, auch wo die nationalen Instrumente schwach sind oder ganz fehlen. Und umgekehrt machen lokale Gewerkschaften Druck, wenn internationale Mechanismen keine Wirkung zeigen.



Gefährliches Gerben: Arbeiter in einer Fabrik in Bangladesch.

Rebekka Friedli, Buschauffeurin bei den Verkehrsbetrieben Biel, Biel/Bienne

Seelandroadmoviestar

Schon als Kind spielte sie lieber Verkehr als Puppenmami. Aus Rebekka Friedli ist eine Lastwagen-, später Busfahrerin geworden, die gelenkig durch Biel kurvt und die nur laut wird, wenn es nicht anders geht. (Meist geht es anders.) | Text: Christoph Schlatter (Foto: Alexander Egger)

«New Public Management» hiess der Trend, damals, in den 1990er Jahren. Sich besonders clever dünkende Ökonominen wollten den öffentlichen Dienst auf Vordermann frisieren. Elemente aus der Privatwirtschaft – etwa ein leistungsabhängiger Lohn – sollten unbesehen in die Service-public-Systeme eingebaut werden. Drei Jahrzehnte später greift die Einsicht allmählich um sich, dass diese vermeintliche Verbesserung nicht etwa zusätzliche Motivation erzeugt hat. Sondern das schiere Gegenteil. Es fehlt eine faire Beurteilungsskala. Und das Empfinden, ungerecht behandelt worden zu sein, macht alles kaputt.

Von C bis Doris

Im neuen GAV, den der VPOD mit den Verkehrsbetrieben Biel abgeschlossen hat, ist die Koppelung der Leistungsbeurteilung mit dem Lohn wieder weg. Jedenfalls fast. Das ist mit ein Verdienst von Rebekka Friedli, die als Gruppenpräsidentin die Verhandlungen prägte. Nur noch die negative Beurteilung C, die nicht aus heiterem Himmel kommt, bremst die Lohnentwicklung. Auch das Wunschdienstplansystem – vor einigen Jahren schon eingeführt – ist eine positive Errungenschaft, weil sich damit individuelle Vorlieben besser abbilden lassen. Einer, die sich selbst als «Nachteule» bezeichnet, liegen eher die Spätdienste. Wie an diesem nebligen Wintermontagnachmittag, an dem wir uns treffen, bevor sich die Kollegin ans Steuer setzt.

Trübe Tage am Jurasüdfuss? Nicht schlimm: Die Sonne strahlt nämlich aus Rebekka Friedli heraus. Die Kollegin hat ein leutseliges und geduldiges Naturell und ist zum Scherzen jederzeit aufgelegt. Lustig ist schon die telefonische Terminvereinbarung: Sicher fünf Minuten haben wir aneinander

vorbeigeredet, weil sie mich an die Haltestelle «Redernstrasse» lotsen wollte (wo das Busdepot ist), was ich hartnäckig als «Rebenstrasse» verstand (wo ebenfalls ein Bus hält – aber der Elfer, nicht der Einer). Sie: «Redern. Mit D wie Doris.» Ich: «Reben? B wie Boris?»

Am Ende haben wir uns gefunden, weil die französischen Bezeichnungen im zweisprachigen Biel eindeutig sind. Chemin Redern. Nicht Chemin des Vignes... Und Rebekka Friedli kommt ins Rede(r)n. Schon als Kind in den 1970er Jahren entsprach sie nicht ganz den gängigen Rollenbildern. Mit Puppen spielen? Klein-Rebekka tat es dem Mami zuliebe, langweilte sich aber rasch. Lieber beschäftigte sie sich mit der Eisenbahn und anderem technischem Zeug. Und das ist so geblieben. Wobei das Format der Spielsachen mitgewachsen ist.

Berufswahl mit Kristofferson

Es kommt da schon eine gewisse Leidenschaft zum Vorschein, wenn Rebekka Friedli von schweren Gefährten und leistungsstarken Antrieben erzählt und von der Freude, die es macht, solche Brummer zu lenken, ob Lkw mit Anhänger oder Trolley mit Gelenk (oder gar – bald in Biel – mit Doppelgelenk). Auf die Idee, eine Berufsausbildung zur Lastwagenführerin zu machen, brachte sie ein Film: «Convoy». Dieses US-Roadmovie von 1978 schildert in Wildwest-Manier den Aufstand von Truckerfahrern gegen Behördenwillkür und Korruption: Allen voran brettert – konsequent im Feinripp-Achselshirt und nicht



Trübe Tage am Jurasüdfuss? Nicht mit VB-Fahrerin Rebekka Friedli.

immer konform mit der geltenden Strassenverkehrsordnung – Kris Kristofferson; immer mehr Kollegen schliessen sich dem Arbeits- und Freiheitskampf an.

Für eine junge Frau war die Wahl – heute heisst der Abschluss Strassentransportfachfrau – ziemlich ungewöhnlich. Damals jedenfalls. In der Coop-Logistik, wo sie zunächst Touren fuhr, war sie fast allein unter Männern. Das machte Rebekka Friedli allerdings wenig aus, ebenso wenig wie die allenthalben fallenden faulen Sprüche. Denn das gilt für US-Fernfahrer ebenso wie für seeländische: Mit Rückzahlung in vergleichbarer Währung verschafft man sich Respekt und Ansehen. Auch heute, wenn – selten genug – eine Intervention der Fahrerin notwendig ist. Männer, die noch gar keine sind, machen hinten im Wagen Radau? Die Kollegin lässt sie gewähren, solange das Inventar intakt bleibt. Wenn es gar zu arg wird oder wenn Vandalismus droht, schwingt sie sich aus dem Führerstand. Und dann ist im Normalfall wieder sehr rasch Ruhe im Bieler Bus.

solidar
suisse



PROFIT
Hunger
löhne

Deine Solidarität zählt – gemeinsam
gegen Ungleichheit: solidar.ch



Jetzt mit TWINT
spenden!



QR-Code mit der
TWINT App scannen



Betrag und Spende
bestätigen



AZB
8036 Zürich, Postfach



«Hilfe, meine
Miete wird
ungerechtfertigt
erhöht! Wer
hilft mir?»

Jetzt Multi Rechtsschutz
abschliessen für nur Fr. 138.–
für vpod-Mitglieder!

www.vpod.ch

vpod 

Impressum

Herausgeber: VPOD

Generalsekretärin: Rebekka Wyler

Redaktion: Christoph Schlatter | slt

Sekretariat: Hilde Bigler

VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8004 Zürich
Postfach, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52
redaktion@vpod-ssp.ch
www.vpod.ch

Erscheint 8-mal pro Jahr

Satz, Druck und Spedition:
Mattenbach AG, Winterthur

Auflage: rund 15500 Exemplare

Anzeigenregie:
VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8036 Zürich
Postfach, Telefon 044 266 52 52
hilde.bigler@vpod-ssp.ch

Platzvorschriften unverbindlich

